

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

51 (1.3.1917)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 75 P., 3/4jährl. 2,25 M., Beigestellt durch unsere Träger 85 P. bezw. 2,55 M., durch den Postbot. 80 P. bezw. 2,67 M., durch d. Feldpost 90 P. bezw. 2,60 M.; vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. **Geschäftszeit:** 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. **Fernsprecher:** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 P. Wohnanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für groß. Aufträge nachm. zuvor. — **Druck u. Verlag:** Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

Noch immer nichts Bestimmtes.

Karlsruhe, 1. März 1917.

Der gegenwärtige Reichskanzler ist kein großer Redner. In der Beherrschung der Phrase sind ihm seine Kollegen in der Ententestaaten sicher bei weitem überlegen. Und doch sieht man den Reden dieses Kanzlers immer mit großer Spannung entgegen.

Auch seine vorgelegte Rede verdient, wenn sie auch keine vorhergegangenen an Inhalt und rhetorischem Schwunge nicht erreichte, besondere Beachtung. Im ersten Teile derselben befaßte sich Herr v. Bethmann Hollweg mit der inneren Politik, der zweite Teil galt in der Hauptsache dem Krieg und den damit im Zusammenhang stehenden Ereignissen.

Was er in dieser Beziehung sagte, dürfte bei der großen Mehrheit des deutschen Volkes ungeteilte Zustimmung finden, insbesondere das, was er über die Haltung Amerikas und seines Präsidenten Wilson ausführte. Daß der Präsident der Vereinigten Staaten Nordamerikas es nicht für notwendig befunden hat, der deutschen Regierung eine offizielle Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu machen, ist ein bis jetzt unerhörter Vorgang, der auf die „Neutralität“ Wilsons und seine großen Worte, mit welchen er bei jeder sich bietenden Gelegenheit um sich warf, ein sehr bemerkenswertes Schlaglicht wirft.

Der Wortlaut der deutschen Note vom 4. Mai 1916 läßt gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die deutschseits zugestandene Einschränkung des U-Bootkrieges nur eine bedingte war. Ausdrücklich war in der Note der deutschen Regierung darauf hingewiesen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nimmermehr bei der englischen Regierung die als baldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangt und durchsetzt, die allgemein anerkannt waren und die insbesondere in Gestalt von der amerikanischen in die englische Regierung gemachten Noten dargelegt waren. „Sollten die Schritte der amerikanischen Regierung nicht zu dem gewünschten Erfolg führen“, so hieß es am Schlusse der deutschen Note vom 4. Mai 1916, „den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegsführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenüber sehen, für die sie sich volle Freiheit vorbehält.“

Herr Wilson konnte also nicht im Zweifel darüber sein, daß wenn er die in der deutschen Note gewünschten Schritte nicht unternimmt, oder wenn sie keinen Erfolg haben, Deutschland an keinerlei Verpflichtungen ihm gegenüber gebunden war. Und es konnte ebensowenig eine Ueberraschung für ihn sein, als Deutschland, nachdem England seine Minensperre beseitigt hatte, seinerseits mit dem verstärkten U-Bootkrieg darauf antwortete. Das Vorgehen der deutschen Regierung war völlig korrekt und gab Wilson — falls er ehrlich gewillt war, allen Kriegführenden gegenüber das gleiche Maß an Neutralität zu bewahren — keinerlei Anlaß, die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubrechen.

Mit Zug und Recht konnte deshalb Herr v. Bethmann Hollweg vorgehen erklären, daß er keine Ehren- und Lebensfrage des amerikanischen Volkes darin erblicken könne, einseitig nur gegen Deutschland des Völkerrechts zu schirmen, während es England gestattet, zu Tausenden von Malen das Völkerrecht mit Füßen zu treten.

Gegenüber der englischen Seetrammei konnte Deutschland auf eine seinen Lebensinteressen entsprechende Anwendung der U-Bootwaffe nicht verzichten. Gätte Amerika wirkliche Neutralität geübt und seinen Entschluß zur Wahrung des Völkerrechts auch gegen England geltend gemacht, dann wäre es zu dem verstärkten U-Bootkrieg wahrscheinlich nicht gekommen, vermutlich wäre der Krieg sogar längst zu Ende. Die bezüglichlichen kriegspolitischen Ausführungen des Reichskanzlers sind deshalb durchaus zutreffend und werden ihre Wirkung auch außerhalb Deutschlands nicht verfehlen.

Weniger zufriedenstellend waren seine Darlegungen über die innere Politik. Zwar hat er auch dafür wieder manch treffendes Wort gefunden, aber über allgemeine Bemerkungen ist der Reichskanzler auch diesmal nicht hinausgekommen.

Sicher ist Herr v. Bethmann Hollweg vom besten Willen befeelt und ehrlich davon überzeugt, daß die deutsche Politik eine Umschaltung erfahren muß. Seine Worte von der neuen Zeit mit dem neuen Volke, die der Krieg geschaffen hat, werden daheim und draußen in den Schützengräben lebhaften Widerhall finden. Auch darin kann man ihm zustimmen, daß die gewaltigen Kräfte, die dieser Krieg ausgelöst hat, sich nicht in ein Parteiprogramm hineinpressen lassen. Diese Kräfte werden — daran besteht kein Zweifel — den notwendigen politischen und staatlichen Ausdruck finden.

Allen damit, daß man solche Forderungen anspricht, macht man noch nicht die Bahn für ihre Verwirklichung frei. Darum aber handelt es sich.

Der Reichskanzler sollte endlich den Schächer lästern und sich etwas deutlicher darüber äußern, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um das deutsche Volk einer besseren politischen Zukunft entgegenzuführen. Der Bürgerfriede würde dadurch sicher nicht mehr gefährdet, als durch die Einbringung des Fideikommissgesetzentwurfs im preussischen Abgeordnetenhaus. Wenn man der preussischen Kammer gegenüber solche Konzessionen macht, die mit der „neuen Zeit“ sich gewiß nicht vereinbaren lassen, dann muß es einen deprimierenden Eindruck hinterlassen, wenn der Reichskanzler dem „neuen Volke“ gegenüber geshichtlich eine solche Zurückhaltung läßt.

Die Wurzeln der gigantischen Kraft, die Deutschland in diesen Kriegen entfaltet, liegen im Volke, die hier gebundenen Kräfte schreien nach Befreiung von den Fesseln, die ihnen noch immer angelegt sind. Wenn — wie der Reichskanzler sagte — diese Kräfte die Bahn für die Entwicklung der inneren Stärke Deutschlands frei machen, man wagt zu sagen, er so lange, sie zu lösen? Wenn der nationale Gedanke so stark im deutschen Volke wurzelt und wenn dieses zu einer untrennbaren Einheit verbunden ist, warum schreckt er immer noch davor zurück, die entsprechenden politischen Konsequenzen zu ziehen, oder sie doch wenigstens in schärferen Umrissen erkenntlich zu machen?

Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, vor welchen der Reichskanzler steht und es wäre sicher verfehlt, diese Schwierigkeiten dadurch zu verneinen, daß man den politischen Gegnern des Kanzlers, wenn auch nur ungewollt, in die Hände arbeiten würde. Diese Schwierigkeiten liegen nicht nur bei der Rechten, die, wie der konservative Führer Graf v. Helldorf wieder deutlich durchblicken ließ, von einer politischen Neuorientierung nichts wissen will, oder doch nur insoweit, als die Privilegien der Konservativen dadurch nicht allzu sehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Auch auf der Seite der Linken begegnet der Reichskanzler nicht unerheblichen Schwierigkeiten. Er braucht zur Durchführung seiner innerpolitischen Pläne einer zuverlässigen parlamentarischen Mehrheit, auf die er sich nicht nur in Verfassungsfragen, sondern ebenso in den Fragen der Staatsnotwendigkeiten verlassen kann. In dieser Beziehung sind aber die Dinge erst im Werden.

Der Politisierungsprozeß der Sozialdemokratie ist noch nicht abgeschlossen. Ohne eine in den Fragen der Staatsnotwendigkeiten verlässliche Sozialdemokratie gibt es aber keine parlamentarische Mehrheit zur Lösung der innerpolitischen Probleme, gegen die offenen und geheimen Feinde des neuen Deutschland. Die Staatsnotwendigkeiten sind nicht nur während des Krieges zu erfüllen, auch nach dem Kriege gibt es solche und sie sind ungleich komplizierter, als die des Krieges.

Wie die Sozialdemokratie sich zu denselben stellen wird, ist einstweilen noch eine offene Frage. Wir hoffen bestimmt, daß die Politisierung der Sozialdemokratie weitere Fortschritte macht. Rückschlüsse sind indessen nicht ausgeschlossen und sie sind um so eher zu befürchten, je geringer das Vertrauen in die Erfüllung der von der Reichsregierung gemachten Verpflichtungen ist. Jedenfalls steht aber so viel fest, daß der politische Entwicklungsprozeß, den augenblicklich die Sozialdemokratie durchmacht, um so sicherer sein Ziel erreicht, je früher und gründlicher die Hindernisse hinweggeräumt werden, die ihm noch immer im Wege stehen.

Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat ein dringendes Verlangen, endlich einmal etwas Bestimmtes über die „politische Neuorientierung“ zu hören. Sowohl daheim wie draußen in den Schützengräben würde eine solche Politik ein willkommenes Echo erwecken. Unsere Feldgrauen brennen förmlich darauf, ein klares und zweideutiges Bekenntnis zu vernehmen.

Wir möchten die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß Herr v. Bethmann Hollweg diesem durchaus berechtigten Verlangen Rechnung trägt, ehe es für ihn zu spät ist. Die Verhältnisse schreien förmlich nach einer Tat, die mehr bedeuten würde, als eine gewonnene Schlacht.

Vom Krieg.

Deutscher Tagesbericht.

Mehrere russische Höhenstellungen gestürmt.

Großes Hauptquartier, 28. Febr. (W.B. Antlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Englische Erkundungsvorstöße gegen einige Stellen der Artoisfront wurden abgewiesen. Im Ancregebiet verliefen Infanteriegefechte im Vorfeld unserer Stellungen nach Abzug der Kühlung.

Westlich von Vaillan an der Aisne wurde eine unserer Aufstellungen von den Franzosen überrollt. Durch Gegenstoß kam die Positionstellung und die bereits gefangene Belagerung in unsere Hand.

Auf dem linken Maasufer scheiterten französische Teilangriffe, die nach starkem Feuer nachts gegen unsere Gräben nordöstlich von Avocourt vorbrachen.

Westlich von Marfisch (Vogesen) schlugen Unternehmungen von vier französischen Aufklärungsabteilungen fehl.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Die Lage ist unverändert.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Weiterseits der Valeputnastraße im Südtail der Waldkarpathen brachte ein gut vorbereiteter, förmlich durchgeführter Angriff unsere Truppen in Besitz mehrerer russischer Höhenstellungen. 12 Offiziere, über 1300 Mann wurden gefangen, 11 Maschinengewehre und 9 Minenwerfer erbeutet. Die gewonnenen Linien wurden gegen heftige Gegenangriffe gehalten.

Ein südlich der Straße gelegener Stützpunkt der Russen ist nach Zerstörung seiner Anlage wegen für uns ungenügender Lage ohne feindliche Einwirkung wieder geräumt worden.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madenien.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Cernabogen griffen die Italiener die von uns am 12. Februar gewonnenen Höhenstellungen östlich von Paralove nach ausgiebiger Feuertorbereitung mit starken Kräften an. Der Angriff brach verlustreich zusammen. Kein Fuß breit Boden ging uns verloren.

Der 1. Generalgouverneur: Ljubenowitsch.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 28. Febr. abends. (Antlich.)

Auf dem Nordufer der Somme griffen die Engländer zwischen Le Transloy und Soilly an; sie sind abgewiesen worden. An zwei Stellen unseres vordersten Grabens wird noch gekämpft.

Im Osten keine größeren Gefechtsabhandlungen.

Französischer Bericht.

W.B. Paris, 28. Febr. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittags: Südlich von Vaillan machten wir einen Einbruch in die deutschen Linien und brachten Gefangene mit. In der Gegend von Bezonvaux und im Boisgambalde Patronenversammlungen. Sonst war die Nacht überall ruhig.

Abendbericht: Während des Tages ziemlich heftiger Artilleriekampf in den Abschnitten von Ecelle—St. Martin—Beauvoisines, südlich der Aisne und in den Argonnen bei Sougisy. In der Gegend von Sailly scheiterte ein feindlicher Handstreich in unserm Feuer. Wir richteten Zerstörungfeuer auf die deutschen Anlagen des Malancourt-Waldes und auf den Abschnitt der Höhe 304. In den Vogesen konnten wir bei einem Einfall in feindliche Linien südlich des Markirchpasses Gefangene machen. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Englischer Bericht.

W.B. London, 28. Febr. (Nicht amtlich.) Weitere Fortschritte nördlich und südlich der Ancre. Nachts nahmen wir das Dorf Verque, heute besetzen wir Eigny und setzten uns in den westlichen und nördlichen Verteidigungsanlagen von Bussey-an-Mont fest. Morgens machten wir einen Vorstoß in die feindlichen Stellungen südwestlich von Lens. Wir zerstörten Unterstände und Anlagen gemischter Artillerie. Ein anderer erfolgreicher Vorstoß wurde nachts südlich von Armentieres durchgeführt. Wir drangen in drei Linien feindlicher Gräben ein, beschädigten die Verteidigungsanlagen stark und machten 17 Gefangene. Die Artilleriefähigkeit hielt westlich und südlich der Somme an.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Schon wieder eine Allierient Konferenz.

W.B. Paris, 28. Febr. (Nicht amtlich.) Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Auswärtigen fand am Montag und Dienstag in Calais eine französisch-englische Konferenz statt, an der französischerseits Briand, General Rivelle, Lyautey, englischerseits Lloyd-George, General Roberts und Marshall Haig teilgenommen hatten.

Verzweifelte wirtschaftliche Lage Portugals.

Madrid, 28. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Junipruß von dem Vertreter des Wiener f. und l. Korrespondenzbüros. Nach Meldungen portugiesischer und spanischer Blätter hat sich seit Abgang der ersten portugiesischen Truppen nach Frankreich und die Verkündung der verstärkten U-Bootwaffe die innere Lage Portugals zusehends verschlimmert. Um gegen die Gewalttätigkeit der gegenwärtigen Regierung anzukämpfen, hat sich aus unzufriedenen Elementen verjüngt.

dener Parteien ein parlamentarischer Bloc gebildet, der in scharfer Gegenüberstellung der Regierung gegenübersteht. Die wirtschaftliche Lage ist geradezu verzweifelt. Die Schwierigkeiten der Kohlenverfügungen haben zu Einschränkungen im Personenverkehr, der öffentlichen Beleuchtung und der Anordnung des früheren Ladenschlusses geführt. Wegen dem Mangel an Beförderungsmitteln mußte die ganze vorjährige Weinernte, die teilweise nach Frankreich verkauft war, im Lande verbleiben. Die hierdurch geschaffene Krise werde noch verschärft durch die angeordnete Einschränkung des Alkoholgenußes in England, das ein bedeutendes Absatzgebiet für portugiesische Weine war. Die Regierung stehe all diesen Ereignissen obnmächtig gegenüber. Eine Ministerkrise stünde bevor.

Neue Angriffe Clemenceaus gegen Briand.

Das Geis über die Nachmütierung der Dienstleistungen wird von Clemenceau im „Somme enchaîne“ vom 19. Februar zu einem neuen heftigen Angriff gegen die Regierung benutzt, die in dieser Frage wieder einmal ihre ganze Unschlüssigkeit und ihren Mangel an Konsequenz beweisen habe. Der ursprüngliche Plan ging dahin, etwa 900 000 Mann der Nachmütierung zu unterwerfen und man begründete ihn mit der unbedingten Notwendigkeit, alle verfügbaren Kräfte heranzuziehen. Aber schon nach kurzer Zeit ergab sich ein anderes Bild. General Moque, der Urheber des ersten Entwurfs, verfiel von der Wildschär, und General Lyautey, sein Nachfolger, brachte einen anderen Gesetzesentwurf ein, der nur noch die Musterung von 650 000 Mann vorsah. Aber damit war es noch nicht genug; sechs Tage, nachdem dieser Vorschlag eingebracht war, erklärte Lyautey in der Kammer, daß für ein anderes Gesetz, das nur noch 300 000 Mann umfasse, so hatte er jeden Tag vom Aufbruch bis zum Schlafengehen 50 000 Mann verloren. Und dieses Projekt ist es, das Senat und Kammer angenommen haben! Die Gründe für dies Zurückweichen der Regierung liegen auf der Hand. Man hat hinter den Kulissen so lange mit den Mehrheitspartien verhandelt, bis jede von ihnen ihre Sonderwünsche durchgesetzt und die Klassen, die ihr besonders am Herzen lagen, von der Nachmütierung befreit hatte. Die Schuld liegt vielleicht nicht an Lyautey, der plötzlich aus Marokko herein geschneit kam und vielleicht nicht die Verpflichtung hatte, die Maßnahmen seiner Vorgänger fortzusetzen; aber ist denn nicht noch immer der Ministerpräsident Briand am Ruder? War es nicht seine Aufgabe, die Einheit der Entschlüsse aufrecht zu erhalten? Statt dessen hat er nach Belieben, nur um den herrschenden Parteien zu gefallen, die eine, bald die andere Maßnahme aufgegeben; bis schließlich aus den 900 000 Mann, die General Moque forderte, weil man der Höchstleistung Deutschlands eine Höchstleistung Frankreichs gegenüber stellen müsse, 300 000 Mann geworden sind!

Frauen im englischen Heeresdienst.

W.D. London, 28. Febr. (Nicht amtlich.) Holländisches Neuwe Bureau. Das englische Kriegsamt hat jetzt bekannt gemacht, daß Frauen, die für die Armee in Frankreich angeworben werden sollen, 20 bis 40 Jahre alt sein dürfen. Die Frauen werden für die Dauer eines Jahres Dienst nehmen und als Schreiberinnen, Köchinnen, Wärterinnen, Stützhilfen und Telephonistinnen verwendet werden.

Der Konfliktfall?

W.D. New York, 28. Febr. (Nicht amtlich.) Reuters. Ein Telegramm der „Associated Press“ aus Washington besagt, daß eine amtliche Depesche die Berichte über den Tod von Amerikanern auf der „Laconia“ bestätigt und erklärt, dies und die Tatsache, daß der Passagierdampfer ohne Warnung torpediert worden sei, stelle eine offenkundige Tat dar. Zu diesem amtlichen Bericht wird die Versenkung der „Laconia“ als ein neuer „Lusitania“-Fall angesehen, selbst wenn weniger Menschenleben verloren gegangen seien.

Zur Torpedierung der „Laconia“.

W.D. Rotterdam, 1. März. Nach dem „Nieuwe Rotterdamischen Courant“ meldet der „Manchester Guardian“ aus London, daß man in bestunterrichteten Kreisen in London geneigt sei, anzunehmen, der Laconiafall werde Wissen nicht in die Lage versetzen, die gesamte öffentliche Meinung in Amerika hinter sich zu haben, da es sich um kein amerikanisches, sondern um ein englisches Schiff handele.

W.D. Amsterdam, 1. März. (Nicht amtlich.) „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London, daß bei der Torpedierung der „Laconia“ außer den Amerikanerinnen noch zwei amerikanische Pfleger umgekommen sind.

Ein schwerwiegender Satz des Papstes.

Wie alljährlich empfing der Papst auch dieses Jahr die Fastenprediger in den Kirchen Roms und hielt eine Ansprache an sie. Zu derselben fielen folgende zwei Sätze: „Wir entbehren die Fastenprediger schon jetzt jeder Verantwortlichkeit für alles, was nach ihrer Abreise aus Rom an Unrecht und weniger Zulässigen in dieser hehren Stadt geschehen kann. Wir möchten, daß, welche Verbrechen und welche Schande auch immer in Rom nach diesen Opfern zu beklagen sein sollten, man nicht darauf hinweisen könnte, daß nicht die Fastenprediger von 1917 im voraus das Unheil abgelehnt haben.“

Nach der Turiner „Stampa“ erregen die beiden Sätze gewaltiges Aufsehen und werden dahin gedeutet, daß der Papst äußerst ernste Ereignisse in Rom nach Ostern befürchten zu müssen glaubt. Und der St. Vater ist gut orientiert.

Besondere Unterstützungen an zur Arbeit entlassene Soldaten.

Dr. Wiederholt haben Heerespflichtige, die zur Arbeit in bestimmten Betrieben entlassen werden sollten, deren Uebernahme abgelehnt, weil der ihnen in Aussicht gestellte Lohn weniger betragen haben würde, als ihre Löhnung nebst freier Verpflegung und Kleidung zusammen mit den ihren Familien gewährten Unterstützungen. Um diese berechtigten Bedenken der Heerespflichtigen gegen die Uebernahme von Arbeit in der Industrie zu beseitigen, soll den Familien bzw. sonstigen Angehörigen der zur Arbeit entlassenen Soldaten, soweit sie bisher Familienunterstützung erhalten haben, von den Lieferungsverbänden besondere Unterstützung gewährt werden. Die Höhe derselben richtet sich nach dem Unterschied zwischen den militärischen Bezügen und den bisher gewähr-

ten Familienunterstützungen einerseits und dem Arbeitsverdienst andererseits.

Die Lösung soll nach ihrem tatsächlichen Betrage, Verpflegung und Kleidung mit einem Betrage von 1,50 Mk. den Tag, mithin monatlich 45 Mk., eingeleist werden. Dazu tritt die Familienunterstützung in der bisher gewährten Höhe, einschließlich der von den Lieferungsverbänden gewährten Zuschüsse. Der Summe dieser Bezüge ist der Arbeitsverdienst gegenüberzustellen, den der zur Arbeit Entlassene bei regelmäßiger Arbeitszeit und normaler Arbeitsleistung zu verdienen in der Lage ist. Der Betrag, um den der Arbeitsverdienst hinter der nach obigem berechneten Summe zurückbleibt, würde der Familie dann als Ausgleich zu zahlen sein.

Erhält der Entlassene nicht an seinem Wohnort, sondern außerhalb Arbeit, erwachsen damit ihm und seiner Familie durch Führung doppelten Haushalts größere Aufkosten, soll für den doppelten Gehalt für den Tag 2 Mk., für den Monat 60 Mark als Mehrkosten in Ansatz gebracht werden.

Die Gewährung der Unterstützungen an die Familien hat auf Antrag der Heerespflichtigen selbst oder seiner Familie zu erfolgen. Die Festsetzung der Höhe des zu gewährenden Betrages ist von dem zur Zahlung der Familienunterstützungen zuständigen Lieferungsverbänden zu bewirken. Die Zahlung erfolgt halbmäthlich an denselben Tagen, wie die der Familienunterstützung, und zwar zu Kosten der Lieferungsverbände, die bisher für die Zahlung der Familienunterstützung zuständig waren. Die vorausgeschlagenen Beträge werden dem Lieferungsverbande in voller Höhe vom Reich erstattet. Sie sind von ihnen mit den Aufwendungen an dem Gebiete der Kriegsmohlfahrtspflege, jedoch getrennt von diesen berechnet, anzufordern.

Die Zahlung der Unterstützungen erfolgt erstmalig für die zweite Hälfte des Monats Januar 1917. Sie ist auch den Familien zu gewähren, deren Ernährer oder Angehöriger bereits früher Arbeit übernommen hat, wenn die übrigen Voraussetzungen zutreffen.

Aus der Partei.

Zum Parteistreit.

Auf der am Sonntag, 25. d. M., in Lörrach stattgefundenen Konferenz des 4. badischen Reichstagswahlkreises wurde mit allen gegen eine Stimme die folgende Resolution angenommen: Die Versammlung hat die jetzigen Vorgänge in der Partei eingehend besprochen und bedauert die Klostrennungen und Meinungsverschiedenheiten. Sie erwartet von den Mitgliedschaften des vierten Wahlkreises, daß sie solchen Tendenzen keinen Vorschub leisten, da die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterschaft darunter nur Schaden leiden würden. Sie hält diese Trennungen aus nicht vereinbar mit den Grundgedanken der Demokratie, wonach sich die Minderheit der Mehrheit unterzuordnen hat.

Ärztung in Braunschweig. Die Kreisversammlung des ersten Braunschweigischen Wahlkreises hatte sich, wie wir berichteten, durch Ablehnung eines Antrags, der die Aufhebung der Beitragsperze forderte, außerhalb der Partei gestellt. Die Genossen, die Mitglieder der Partei bleiben wollten, haben sich daher genötigt, sich neu zu konstituieren. Zu diesem Zweck fand am vergangenen Sonntag eine Versammlung statt. Obwohl der „Braunschweiger Volksfreund“ an der Spitze seiner Sonntagsmänner sachliche Bemerkungen gegen jeden Teilnehmer an dieser Versammlung geschleudert hatte, kamen doch für den neu konstituierten Verein auf den ersten Anlauf über 100 Beitrittsmeldungen zustande. Vorsitzender des Vereins ist Arbeitersekretär Gustav Steinbrecher, stellvertretender Vorsitzender der Schlosser Karl Fischer, der gemäßigtere Parteilastler Fritz Bunge ist wieder Kassier. Als Kreisvorsitzender wurde Arbeitersekretär Bogler bestimmt und Landesvorsitzender bleibt der alte Gen. Niefe (Firmeninhaber des „Volksfreund“).

Bewerkschaftliches.

Aufhebung des Streikerlasses gegen den Eisenbahnerverband.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den Eisenbahnerverbänden folgende Erklärung abgegeben:

„Der Deutsche Eisenbahnerverband gebührt nicht zu den Organisationsformen, welche die Arbeitseinstellung zur Durchführung ihrer Forderungen in Anwendung bringen. Er hat, wie die vorstehende Erklärung ergibt, keine Einrichtung, die es ihm ermöglichen würde, bei Lohn- oder anderen Arbeitsverhältnissen das Kampfmittel der Arbeitseinstellung anzuwenden. Er kann zur Unterstützung eines Streiks weder von anderer Seite herangezogen werden, noch seinerseits Mittel aufwenden.“

Zu dieser Erklärung sieht der preussische Eisenbahnminister den von ihm verlangten ausdrücklichen Streikverzicht. Nachdem der Vorstand die Erklärung den Verbandsabteilungen als Anhang beigefügt hat, hebt der Minister seinen Erlass vom 24. Oktober 1916 auf. Er hat dem Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes folgende Mitteilung gemacht mit dem Hinweis, daß die Aufhebung des Erlasses erfolge in dem Vertrauen und in der Voraussetzung, daß das künftige Verhalten des Verbandes mit der abgegebenen Erklärung jederzeit in Einklang stehen und das gute Einvernehmen zwischen dem Eisenbahnerverband und dem ihr unterstellten Personal durch den Verband nicht gestört werden wird.

Der Erlass ist aufgehoben, die Sanktionen sind beseitigt, den Sandweckern, Arbeitern und sonstigen Bediensteten der preussischen Staatsbahnen und der Reichs-Eisenbahnen in Esch-Lothringen ist der Beitritt zum Deutschen Eisenbahnerverband gestattet. Es ist zu erwarten, daß nur auch die übrigen und die übrigen Bundesstaatlichen Eisenbahnerverbände, soweit sie bisher ihrem Personal den Beitritt zum Deutschen Eisenbahnerverband nicht erlaubt haben, dem Beispiel des preussischen Eisenbahnministers folgen werden.

Damit wäre endlich den Eisenbahnen die Möglichkeit gegeben, sich offen zur freien Gewerkschaft zu bekennen. Das hätte längst geschehen können. Was der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes jetzt erklärt, hat er schon bei der Verbandsgründung zum Ausdruck gebracht. Daß der Verband den Streik zur Durchführung seiner Forderungen nicht anwenden kann, geht aus seiner Satzung hervor; ebenso wenig kann er zur Unterstützung anderer Streiks Mittel aufwenden, das ergibt sich ohne weiteres aus seinen niedrigen Beiträgen. Wozu der Verband sich befangen und mit welchem Recht weigerte, war: sich die Zahlung seiner Sanktionen vorzuschreiben zu lassen und den ausdrücklichen Streikverzicht in die Satzungen aufzunehmen. Daß der preussische Eisenbahnminister und Ober der Reichs-Eisenbahnen in diesem Streit endlich nachgegeben hat, ist erfreulich, umso mehr, als verschiedene andere Staatsbahnerverbände ein solches Ansehen an den Verband nicht gestellt haben.

Ueber die neue englische Kriegsanleihe

veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ einige sehr interessante Bemerkungen. Nach den Mitteilungen des englischen Finanzministers Bonar Law beträgt das bisher bekannt gewordene Ergebnis der Anleihe 870 Millionen Pfund Sterling, wozu noch etwa 130 Millionen konvertierte Schatzanweisungen kommen. Das Gesamtresultat beläuft sich also auf 1 Milliarde Pfund Sterling, gleich 20 Milliarden Mark.

Am und für sich betrachtet ist das ein glänzendes Ergebnis. Allein England hat seit Juni 1915 keine Kriegsanleihe mehr aufgenommen, während Deutschland in dieser Zeit 3 1/2 Milliarden aufgebracht hat. Nun kommt aber weiter hinzu, daß England augenblicklich eine schwebende Schuld von rund 18 Millionen Pfund hat, wovon durch die neue Anleihe nur 1000 Millionen zurückgezahlt werden können. England hat also trotz des glänzenden, mit den Mitteln der Verzeigerung erreichten Ergebnisses seiner „Siegesanleihe“ immer noch eine schwebende Schuld von 800 Millionen Pfund = 16 Milliarden Mark, die jeden Tag um 4 Millionen, also im Monat um 120 Millionen Pfund Sterling zunimmt.

Aus alledem ergibt sich, daß die Hoffnungen, die Lloyd George von Anfang des Krieges auf die „silbernen Regeln“ gesetzt hat, sich nicht erfüllen. Die englische Geldwirtschaft hat durch den Krieg einen Stoß erhalten, von dem sie sich nicht so bald erholen wird.

Deutsches Reich.

Kriegsernährungsamt.

Durch eine im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlichte Bekanntmachung vom 23. Februar 1917 wird die Zahl der Mitglieder des Vorstandes des Kriegsernährungsamtes auf 12 erhöht. U. a. soll der neuernannte preussische Kommissar für Volksernährung, Wirklicher Geheimer Rat Dr. Michaelis in den Vorstand eintreten, um eine beständige Zusammenarbeit zwischen dem Kriegsernährungsamt und der preussischen Zentralstelle für Volksernährung herbeizuführen.

Die Parteien des Reichstags.

Nach dem neuesten Verzeichnis, das vom Bureau des Reichstags ausgegeben wird, steht an der Spitze der Parteien das Zentrum mit 91 Mitgliedern. Es folgen die Sozialdemokraten mit 89, die Fortschrittliche Volkspartei mit 45 (dabei ist Dr. Kämpff, der als Präsident seiner Fraktion angehört, nicht mitgezählt), die Konfessionen mit 45, die Nationalliberalen mit 44, die Deutsche Fraktion mit 26, die Sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft mit 19, und die Polen mit 18 Mitgliedern. Keiner Fraktion gehören 15 Abgeordnete an. Erledigt sind sechs Mandate.

Graf Oppersdorf — Hospitant der Konservativen!

Der frühere Zentrumsabg. Graf Oppersdorf, der seinerzeit aus der Fraktion ausgeschieden ist und dann bei den letzten Wahlen gegen einen offiziellen Zentrumskandidaten mit polnischer Hilfe wieder gewählt wurde, hat sich nunmehr der konservativen Reichstagsfraktion als Hospitant angeschlossen. — Eine Entwicklung, die nicht gerade alltäglich ist.

Gutes Geschäft.

Der Zuschlag zu den Friedenspreisen für die zum Kriegsdienst während der Zeit vom 1. September bis 19. November 1916 eingezogenen Pferde ist nachträglich auf 75 Prozent der Friedenspreise festgesetzt worden. — Mit diesem Preis werden die Agrarier jedenfalls sehr zufrieden sein.

Oberbürgermeister und Arbeiter.

Zu der „Frankfurter Tagespost“ finden wir folgende Angelegenheit:

Unsere Lebensmittelversorgung im gegenwärtigen Kriege. Ueber vorstehendes Thema wird Herr Oberbürgermeister Dr. Gehler am Mittwoch, 21. Februar, abends 8 Uhr, im großen Rathsaal vor den Mitgliedern der unterzeichneten Korporationen einen Vortrag halten.

Im Hinblick auf die für die gesamte Bevölkerung und insbesondere für die Arbeiterklasse äußerst wichtige Frage, laden wir unsere Mitglieder und Freunde zu zahlreichem Besuch höchst ehm.

Sozialdemokratischer Verein Nürnberg

J. A.: Konrad Dorn.

Vereinigte Gewerkschaften Nürnberg.

J. A.: Georg Vogl.

Zur Nachahmung dringend zu empfehlen.

Soziale Rundschau.

Die Wohlfahrtspflege während des Krieges. Nach einer neuen Verordnung des Bundesrates bedarf, wer zu Zwecken der Kriegswohlfahrtspflege oder sonst zu vaterländischen oder gemeinnützigen oder nützlichen Zwecken (Wohlfahrtszwecken) eine öffentliche Sammlung, eine öffentliche Unterhaltung oder Belehrung, einen öffentlichen Vertrieb von Gegenständen oder eine öffentliche Werbung von Mitgliedern oder Mitunternehmern veranstalten will, für jeden Bundesstaat, in welchem die Veranstaltung stattfinden soll, der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Die Erlaubnis wird, nur für eine bestimmte Dauer und nur auf Widerruf erteilt. Sie kann von Bedingungen, insbesondere von der Hinterlegung einer Sicherheit, abhängig gemacht werden. Bevor die Erlaubnis erteilt ist, darf die Veranstaltung nicht öffentlich angekündigt werden. Die Erlaubnis gilt nur für das Gebiet, für das sie erteilt worden ist. Für Anfechtungen in Betreffungen oder Zeitschriften genügt es, wenn die Veranstaltung von der zuständigen Behörde des Ortes erlaubt worden ist, an dem die Zeitung oder Zeitschrift erscheint. Die Beschaffung von Mitteln für Wohlfahrtszwecke durch Veranstaltung einer öffentlichen Unterhaltung oder Belehrung oder eines öffentlichen Vertriebs von Gegenständen darf nur erlaubt werden, wenn die Aufkosten einen angemessenen Betrag nicht übersteigen, und wenn bei Veranstaltungen auf eigene Rech-

einige Telle des eng... das bisher Millionen... 20 Milliar...
Ergebnis... dieser Zeit... werden können... Mittel... Millionen... 4 Mill... Sterling
Bekannt... Mitglieder... 12 erhöht... für... in... Gen...

nung des Veranalters der Reinertrag dem Wohlfahrtszweck
unverfälscht zugeführt wird, bei Veranstaltungen, deren
Ergebnisse zuzuführen hat, dieser Anteil so bestimmt ist, daß
der Gewinn des Unternehmers in bescheidenen Grenzen
bleibt. Gegenüber Unternehmungen, die Wohlfahrtszwecken
dienen und gegenüber den Inhabern, Veranstaltern, Vor-
sitzenden und Geschäftsführern solcher Unternehmungen kann
die zuständige Behörde die Anordnungen treffen, um die Ge-
schäftsführung mit den Gesetzen im Einklang zu erhalten oder
um Schädigungen des Gemeinwohls, insbesondere eine Zer-
splitterung der Kräfte und Mittel zu verhüten. Die Behörde
ist zu diesen Zwecken insbesondere befugt: Bücher, Schriften,
Kassen- und Vermögensbestände zu prüfen, Auskunft über
alle Angelegenheiten der Geschäftsführung und die Ein-
reichung von Berichten und Rechnungsabzählungen zu erfor-
dern und Vertreter in Versammlungen und Sitzungen zu
erhöhen. Lassen sich vorhandene erhebliche Mißstände nicht
auf andere Weise beseitigen, so kann die zuständige Behörde
das Unternehmen, soweit es Wohlfahrtszwecken dient, unter
Verwaltung stellen.

Feuerwehrenterstützungskasse. Nach dem soeben ausgegebenen
Geschäftsbericht für das Jahr 1916 hatte die Landesfeuerwehrenter-
stützungskasse in diesem Jahre u. a. folgende Aufwendungen: a) Un-
terstützungen an berufstätige Feuerwehrmänner und Mitglieder
von Völkermannschaften, sowie an Hinterbliebene von solchen Per-
sonen in 68 Fällen 22 330,59 M., darunter 47 wiederkehrende Un-
terstützungen im Jahresbetrag von rund 19 150 M.; b) Beihilfen an
Feuerwehren und Gemeinden zur Einrichtung von Sphäranenanlagen
sowie zur Anschaffung von Löschgeräten und Ausrüstungsgegen-
ständen in 11 Fällen 7929,40 M., darunter vier Sphäranenanlagen
3720 M. Für die Befähigung der Feuerwehren durch die für die
einzelnen Bezirke bestellten Feuerlöschinspektoren wurden aufge-
wendet 1896,27 M. Zur Befreiung dieser Aufwendungen stand
der Kasse neben den Zinsen aus dem Grundstockvermögen mit rund
19 000 M. aus dem der Gr. Gebäudeversicherungsanstalt und
von dem im Großherzogtum zum Geschäftsbetrieb zugelassenen
Feuerversicherungsunternehmen für gemeinnützige Zwecke zu
leistenden Beiträgen der ihr vom Großh. Ministerium des Innern
zugewiesene Betrag von 100 000 M. zur Verfügung. Das Vermögen
hat sich im Jahre 1916 um 85 738,85 M. vermehrt und beträgt
zurzeit 454 298,94 M.

Deutscher Reichstag.

BR. Berlin, 28. Febr. Am Bundestagsitz: Reichstanzler
v. Bethmann Hollweg, die Staatssekretäre Helfferich,
Graf Roedern, Zimmermann, Kräfte, Lisca.

Präsident Dr. Köpff eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.
Die erste Beratung des Etats und der Steuervorlagen wird
fortgesetzt.

Bayerischer General v. Köpff: Die geistigen Behauptungen des
Abg. Scheidemann wegen Maßschiedungen sind nicht richtig.
Von Rücksichtnahme auf bestimmte Persönlichkeiten ist keine Rede.

Abg. Schiffer (Nat.): Dem warmen Dank für unser Meer
und unsere Marine schließen wir uns an. In die Stimmung der
Zeit gehört das Fideikommissgesetz nicht. Feiertlicher Ernst ist das
Kerngeschäft unserer Zeit. Wir gehen ersten Kampfen entgegen
und sehen noch schwereren Dopyern gegenüber als bisher. Das kann
uns aber nicht schrecken machen. Wir müssen das letzte
und tiefste aus der Seele und der Kraft unseres Volkes heraus-
holen, um das Ende und den Sieg herbeizuführen. Die Entschlie-
nung zum U-Boottkrieg war das Ergebnis eines Kampfes in der
Brust eines jeden Deutschen. Einmütig steht das deutsche
Volk geschlossen hinter ihm. Daran ändert auch die
Haltung des Abg. Ledebour nichts, der dem Feinde sein Vertrauen
ausgesprochen hat. Auch ohne Geldentschädigung werden wir nicht
zurückgehen, aber die finanziellen Lasten werden ungeheuer
werden. Der Unterseeboottkrieg muß unbedingt
weitergeführt werden. Er hat Schrecken hervorgerufen.
Auch in Amerika wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Das
beweist der Umstand, daß Wilson mit seinen Zumutungen von den
Neutralen zurückgewiesen worden ist. Was auch kommen mag,
wir sind gefaßt und gerüstet. (Bravo!) Wir sind von der
Bundestreue unserer Verbündeten tief durchdrungen. Treue un-
serer! Uns verbindet nicht gemeinamer Haß, sondern gemein-
sames Interesse. Wir haben gelernt, miteinander zu sterben, wir
müssen nunmehr lernen, miteinander zu leben. Die Deutschen in
Kriegsland müssen mit dem deutschen Vaterland wieder vereinigt wer-
den. Den Planen und Wägen muß geholfen werden. In unsern

Kunst und Wissenschaft.

Von der Delfinleuchte zum Glühwürmchen.

Es ist, wenn man so sagen darf, eine der größten Unvollkom-
menheiten unseres Planeten, daß stets nur die eine seiner Hälften
aktiv leuchtet ist. Daher ergab sich für den Menschen mit
fortschreitender Kultur mehr und mehr die Notwendigkeit, Arbeiten
bei künstlicher Beleuchtung zu verrichten. Betrachtet man die Tech-
nik der künstlichen Beleuchtung, so ist der größte Fortschritt vor
rund hundert Jahren zu verzeichnen gewesen, und wir stehen noch
heute nach Abschluß des ersten Jahrhunderts, vor Fortschrittsmög-
lichkeiten, die das Erreichte um ein Vielfaches übertreffen sollten.
Wir sind immer noch sehr weit entfernt von den Leistungen des
Glühwürmchens in bezug auf Umwandlung von chemischer Energie
in Lichtenergie. Schon als man an den Pyramiden Ägyptens
heute, wurden Kerzen und Öllampen verwendet, und durch Jahr-
tausende hat sich diese Beleuchtungsart erhalten, bis eben vor etwa
hundert Jahren die Einführung des Leuchtgases jenen ersten großen
Schritt in der Geschichte der Beleuchtungstechnik brachte. In der
Jahresgeschichte des Frankfurter Instituts hat der amerikanische Ingenieur
Walter Clark über „Ein Jahrhundert Beleuchtungstechnik“ ge-
sprochen. Seine Ausführungen behandeln den Gegenstand besonders
von praktischen Standpunkt. Schon vor mehr als hundert Jahren
ist das Leuchtgas erfunden worden, aber seine praktische Anwendung
liegt eben noch nicht so lange zurück. Noch 1796 erklärte Bonaparte,
dem man eine Gasbeleuchtung vorführte, die Sache für einen
großen Schwindel und im selben Jahre nannte Walter Scott den
Erfinder des Leuchtgases einen verrückten Menschen und das Gas
selbst eine petrienzialische Keuerung. Zwar verurteilte im selben
Jahre die Stadt Philadelphia eine Gasprobebeleuchtung, allein damit
hatte es zunächst sein Bewenden. Noch 1833 ging dort beim Magi-
strat ein von vielen Bürgern unterzeichneter Eingpruch gegen die
Gasbeleuchtung ein, an deren Stelle die Beleuchtung der Stadt mit
Öl gefordert wurde.

Etwa bis zum Jahre 1855 blieb die Beleuchtung des Haus-
halts gegenüber den vergangenen Jahrhunderten ziemlich un-
verändert. In den Vereinigten Staaten war der Walfischtran das
beliebteste Brennöl, das bis 1845 etwa 80 Zents für die Gallone
und rund 70 Pfg. der Liter kostete. In den nächsten Jahren ver-
dreifachte sich aber der Preis durch das Selbsterwerbender der Wal-
fische. Da kam die Entdeckung der amerikanischen Petroleumquel-
len gerade zur rechten Zeit. Das Petroleum von Clark

inneren Beziehungen besteht nicht die Gefahr, daß nicht genug da
ist, aber die Art und Weise der Verteilung läßt zu wünschen übrig.
Die neuen Steuern haben den Vorzug der Einfachheit für die Ver-
anlagung. Wir sind aber nicht frei von Bedenken. Die Zukunft
liegt noch zu unklar vor uns, als daß wir schon jetzt praktische
Maßnahmen treffen können. Es kommt auch nicht darauf an, das
Volk zu belohnen, sondern nur die Schlüsse zu ziehen aus
den Tatsachen. Das preussische Wahlrecht muß kommen nicht, weil
der König es versprochen hat, sondern weil es die Staats-
interessen verlangen. Nach dem Krieg werden wir an die
Lösung ungeheurer Aufgaben herangehen. Dann wird die Zu-
kunft in dem Glanze und der Herrlichkeit stehen, wie wir es
wünschen.

Abg. Martin (D. Fr.): Alle Schichten des Volkes atmeten
freudig auf, als die U-Boottfrage am 1. Februar gelöst wurde.
Wir danken der obersten Seeresleitung dafür, wir danken dem
Großadmiral von Tirpitz, der uns diese Waffe geschenkt hat.
(Bravo!) Wir danken aber auch dem Reichstanzler und dem
Staatssekretär Zimmermann für die Erklärung, daß an dem Unter-
seeboottkrieg nichts geändert wird. Unsere früheren Zuge-
ständnisse in Sachen des U-Boottkrieges an Amerika hatten die Vor-
aussetzung, daß Amerika gegen den englischen Aushungerungsrieg
entrete. Das ist nicht geschehen. Eine mutwillige Offensivliege
uns fern, für uns ist nur das eigene Interesse ausschlaggebend.
Wenn man von Grautante und Barbare sprechen will, dann darf
man die jüdische Behandlung unserer Kriegsgefangenen in
Frankreich nicht vergessen. (Sehr richtig!) Es ist ausgeschlossen,
daß wir angeht die der dauernden Vorkommisse auf unsere alten
Bedingungen zurückkommen könnten; unsere Kriegsziele müs-
sen sein: die militärische Sicherung in West und Ost, die Aus-
dehnung unserer Handelsfreiheit und die Zurückgewinnung
unseres Kolonialbesitzes. Denn angegriffen sind wir, daher
dürfen wir nicht mit dem Kopfe des Krieges belastet werden.
Kriegsentscheidungen sind nötig, um unserm Wir-
tschaftsleben die Atern wieder zu füllen. Gegen den Zeitpunkt
die mangelhafte Vorbereitung der Proklamtion des unabhängigen
Kolens haben wir schwere Bedenken. Die Verantwortung für die
Maßnahme müssen wir ablehnen, wenn wir auch hoffen, daß unsere
Pfeilschützen sich nicht erfüllen werden. Bei uns wird zu viel
organisiert. Dem Volke fehlt das Vertrauen zu den Kriegsge-
schäften. Eine Annäherung sondergleichen ist die Aeußerung unserer
Feinde, daß sie Deutschland von Preußen befreien wollen. (Beif.)

Abg. Ledebour (C. N. G.): Meine Freunde sind die einzigen
Mitglieder des Hauses, die prinzipiell dem ganzen Regie-
rungsstimm entgegenstehen. Der Abg. Leveque ist seit zwanzig
Monaten nach Hinterpommern verbannt, und das ist, ins Aus-
sicht über die administrative Verbannung nach Sibirien.
(Lachen.) Weshalb er so verbannt wird, weiß er heute noch nicht.
Die Engländer haben nach dem Kriege den Büren sofort die volle
Freiheit und Selbstverwaltung gegeben. Diese politische Kunst des
Richtunterdrückens ist nachahmenswert. (Zuruf: Siehe
Iran!) Ich fordere Sie auf, die rechte Methode nachzuahmen,
namentlich für die Politik in Ost-Asien; dort
geübte Praxis wird den Belgiern und Polen gegenüber ange-
wendet. Das deutsche Friedensangebot entspricht durchaus nicht den
Anforderungen, die an seine Wirksamkeit gestellt werden müssen.
Es wird aufs Äußerste durch die Leere seines Inhalts beeinflusst.
Wenn man das Selbstbestimmungsrecht der Völker achten will, so
hätte man es den Polen überlassen müssen, über sich und ihre Zu-
kunft selbst zu verfügen. Das monarchische System paßt
nicht in unsere Zeitgeist hinein. Die Regierung plant Annetio-
nen im Westen und Osten. Das mußte auch der Reizepre-
diger, der Abg. Scheidemann (Heiterkeit). Darin liegt die
Unheiligkeit dieses Treibens. (Lache des Präsidenten, Vizepräsi-
dent Dove rüht den Vorspruch der Mehrheit gegen ein Mitglied
des Hauses). Der Starke kann und soll sagen, was er will; der
Reichstanzler hat es nicht getan. Auch wir halten die Friedens-
bedingungen des Seinerbundes für unerhöht und ganz unmöglich.
(Lacht, hört bei der Mehrheit.) Unser Friedensangebot muß sagen,
daß wir keine Annetionen wollen. Ich halte es für unsere Pflicht,
die Stimme der Vernunft und der Anerkennung auch für unsere
Völker zu wahren. Dem Manne, der bei der China-Expedition das
Wort geprägt hat: „Parbon wird nicht gegeben!“ haben wir es zu
verbannt, daß die Engländer uns jetzt als Hunnen beschimpfen.
Die Forderungen nach großer Kriegsentscheidung sind un-
erfüllbar (!). Die Differenz zwischen der Zahl der im
U-Boottkrieg und dem jetzigen unbeschränkten U-Boottkrieg
verlorenen Tönnen Schiffsraum ist rechtstetig nicht das ungeheure
Nissto eines Krieges mit Amerika, der furchtbare wirtschaftliche Ge-
fahren mit sich bringt und uns auch noch die Sympathien der
deutschen-Amerikaner verhergen kann. Werden lokale Friedensbe-
dingungen ohne Annetionen gestellt, so werden dies auch andere
Länder tun, da deren Völker einen Druck auf ihre Regierungen
ausüben werden. (Lachen bei der Mehrheit.)

hatte der Hausvater des Mittelstandes in der Zeit von 1815-55
in den amerikanischen Städten eine durchschnittliche Beleuchtung
von 9000 Kerzenstunden in seinem Hause. Dieser Durchschnitt
wird auch in den andern Weltgegenden kaum anders gewesen sein,
ebenso wie die dafür aufzuwendenden Kosten. Sie betragen im Jahr
und pro Familie etwa 22 Dollars (90 M.). In das nächste Jahr-
zehnt fällt dann die Einführung der Petroleumlampe. Durch sie
tritt eine Verbesserung der Beleuchtung um etwa 90 Prozent ohne
wesentliche Kostensteigerung ein. Die lästigen Begleitererscheinungen
der Petroleumbeleuchtung, der unangenehme Geruch und die Nei-
gung zu Explosionen, wurden bald beseitigt. In der Zeit von
1815-65 war eine Lichtstärke von 20 Normalkerzen wohl die
stärkste im Haushalt erzeugte künstliche Beleuchtung. Das bedeutet
9000 Kerzenstunden Jahresleistung. Das Jahrzehnt 1865-75
bringt mit einer Verbesserung der Petroleumlampen auch eine
Erniedrigung des Petroleumpreises. Dies Jahrzehnt ist wohl auch
das letzte, in dem die Tagelöhner im Haushalt als Dauerbeleuchtung
eine Rolle spielen. Die Kerzenstunden in der Familie stellen sich
schon auf 20-35 000 im Jahr, also rund das Dreifache dessen, was
in den vorausgegangenen 50 Jahren üblich gewesen war. Der
Preis bei Petroleum- oder Kerzenbeleuchtung sinkt etwas, bei An-
wendung von Leuchtgas stellt er sich auf 23-34 Dollars (100-140
Mark) pro Jahr. Im Jahrzehnt 1875-85 steigt dann der beleuch-
tungsbedingte Jahresaufwand auf 76 000 Kerzenstunden, die doch
nur etwa 30 Dollars kosteten. In das nächste Jahrzehnt fällt der
zweite große beleuchtungsbedingte Fortschritt aller Zeiten, die Er-
findung des Gasglühlichts durch Auer und Ledebour. Von da ab
beginnen Gas und Elektrizität das Petroleum allmählich zu ver-
drängen. Von 1895-1905 beträgt die mittlere Beleuchtung im
Jahr für eine Familie 200 000 Kerzenstunden für nur 20 Dollars,
bei elektrischem Licht 51 000 Kerzenstunden, für die etwa 25 Dol-
lars bezahlt werden müssen. In die Zeit 1905-15 fallen wesent-
liche Verbesserungen des Glühlichtbrenners einerseits, der elektri-
schen Glühbirne andererseits. Jetzt stellen sich 200 000 Kerzenstunden
bei Gaslicht auf nur 14 1/2 Dollars und 123 000 Kerzenstunden bei
elektrischem Licht auf 17 1/2 Dollars. Die höchste gleichzeitig er-
zielte Lichtstärke im Durchschnittshaus halt beträgt etwa 360 000
Kerzenstunden, das ist das 18fache dessen, was vor 100 Jahren er-
reicht wurde.

Die Tabellen zeigen, daß sich die Beleuchtung im Verlauf von
hundert Jahren um das 17fache verstärkt hat. Die Kosten dabei auf
ein Drittel hermindert sind. Berechnet man die Kosten für die
Kerzenstunden, so betragen sie nur mehr 2,8 Prozent des Betrages,
der vor hundert Jahren erforderlich war. Kaum irgendein Gegen-
stand des täglichen Bedarfs wird im letzten Jahrhundert eine der-
artige Verbilligung erfahren haben. Wir stehen aber noch weit vor

Der Frieden, den alle Redner anstreben, ist weiter nichts
als ein bewaffneter Waffenstillstand, dem die Wiederholung dieses
grauenvollen Krieges folgen würde. (Vizepräsident Dove rüft den
Redner nachträglich wegen seiner Aeußerungen über die monarchi-
schen Einrichtungen, die auch eine Beleidigung unserer monarchi-
schen Familien enthielten, zur Ordnung.) (Lebhafte Beifall.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich will nicht auf die Rede des
Abg. Ledebour eingehen, ich würde ihr damit eine Bedeutung beim-
essen, die ihr nicht zukommt. Ich bedaure, daß eine solche Rede
hier überhaupt möglich ist. (Sehr gut!) Alles, was uns
beilieg ist in diesem Krieg, hat er in den Staub gezogen.
Unterschätzen Sie aber die Gefahr nicht, die eine solche Rede bedeu-
tet. Die Feinde deuten solche Aeußerungen gerne aus, als ob ein
großer Teil des deutschen Volkes hinter dem Redner stünde. Unsere
Feinde irren sich aber in unserer Kraft und Entschlossenheit. Der
Krieg wird durch solche Rede nicht abgeklärt.

Darauf wird die Vertagung beschlossen.
Es folgen persönliche Bemerkungen des Abg. Schei-
demann (Soz.): Ich habe nie einen taktloseren Menschen
gesehen als den Abg. Ledebour. (Lebhafte Bewegung und Zustimmung.)
Seine Rede war eine Sanswurstaube (Schallende
Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) — Präsident Dr. Köpff:
Gleiches Recht für alle! Wegen der letzten Aeußerung rufe ich Sie
zur Ordnung.)

Abg. Dr. Haas (F. Sp.): Ich habe nie zum Streik aufgefordert.
Das ist nicht nötig, da es nie einen Deutschen Reichstag geben wird,
der das Vaterland in diesem Krieg wehrlos machen will, in dem der
Abg. Ledebour den Kofaten und russischen Gendarmen das
deutsche Land überlassen will. (Bravo!)

Abg. Ledebour (Soz. N. G.): Meine humoristischen Worte über
die Monarchie waren erklärlich, das Objekt regt zum Humor an.
(Große Unruhe.) (Präsident Dr. Köpff rüft den Abg. Ledebour
zur Ordnung.)

Schluß der Sitzung: 1/6 Uhr. — Nächste Sitzung: Donnerstag
12 Uhr.

Baden.

11. Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer.

oc. Karlsruhe, 1. März. Im Sitzungssaal der 1. Kam-
mer tagte gestern die 11. Vollversammlung der Badischen
Landwirtschaftskammer. Den Vorsitz führte in Verbindung
des Präsidenten Prinzen Löwenstein und wegen Erkrankung
des Vizepräsidenten Dekonomierat Sängler, Geh. Rat Sal-
zer, der in seinen Eröffnungsworten mit Dank und Be-
wunderung unserer Truppen gedachte. Von der Regierung
waren anwesend der Minister des Innern Dr. Frhr. v. Bod-
man, Geh. Rat Dr. Schneider und Geh. Rat Hoff-
ner. Auf die Begrüßungsworte des Vorsitzenden antwortete
dankend Minister v. Bodman, indem er auf die Schwie-
rigkeiten hinwies, welche der Landwirtschaft durch den langen
Verlauf des Krieges erwachsen. Aber dadurch, daß die Land-
wirtschaft ihre schwierige Aufgabe erfüllt habe, habe sie sich
den Dank und die Anerkennung des ganzen Volkes erwor-
ben. — Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegen-
heiten wurden die Neuwahlen des Vorstandes und der Aus-
schüsse gemäß dem Vorbericht des Vorstandes erledigt und
Herr K. Knopf III aus Neumünster amtsstelle des verstorbenen
Herrn Schüler als Vertreter in den deutschen und badischen
Weinbauverband gewählt. Hierauf erlatete der Direktor der
Kammer, Dekonomierat Müller, in eingehender Weise den
Bericht über die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer. Er
hob hervor, wie sehr sich im Kriege die Arbeiten schwieriger
und umfangreicher gestaltet haben.

In der Nachmittags-sitzung befaßte sich die Landwirt-
schaftskammer mit einem Antrag über die Ausgleichung
der Höchstpreise für die wichtigsten landwirtschaftlichen
Erzeugnisse. Der Antrag fand nach einer lebhaften Be-
sprechung einstimmige Annahme. Sodann lag der Kammer
folgender Dringlichkeitsantrag des Badischen Bauernvereins
vor: „Die Badische Landwirtschaftskammer wolle beschließen,
bei der Gr. Regierung zu beantragen, daß die Bedingungen
für den Bezug von Saatfortoffeln nach Zulässigkeit in Höhe
gemildert werden.“ Auch dieser Antrag wurde einstimmig an-
genommen, nachdem eine große Anzahl Redner und auch der
Minister des Innern Frhr. v. Bodman die Wichtigkeit der

dem Ende unseres Könnens auf diesem Gebiet. Während die
Lampelampe nur den flüchtigsten Teil der im Tran enthaltenen
Energie in Licht umsetzte, sind wir mit Hilfe der Flammenbogen-
lampe in der Lage, den fünfzehnten Teil des elektrischen Stromes
oder den hundertsten Teil der in der Kohle enthaltenen Energie
in Licht zu verwandeln. Die gewöhnliche Gasglühlampe setzt nur
2 v. T. der im Gas enthaltenen Energie in Licht um. Wir sehen,
daß hier die Ausnutzung bedeutend schlechter ist, als wir es sonst
irgendwo in der Technik gewohnt sind. Welche Möglichkeiten noch
vor uns liegen, zeigt uns das Glühwürmchen, das seine chemische
Körperenergie zu 66 Prozent in Lichtenergie umzusetzen vermag.
Ueberblicken wir also das in den letzten hundert Jahren auf dem
Gebiet der künstlichen Beleuchtung Erreichte, so können wir froh
und stolz sein über die Riesenschritte, die in dieser kurzen
Spanne Zeit im Vergleich zu den früheren dunklen Zeiten ge-
schritten wurden. Aber wir können auch die Gewissheit daraus entneh-
men, daß die Welt immer heller und heller werden wird und daß
unsere Beleuchtungstechnik es auch dem Glühwürmchen dereinst
gleich tun wird.

oc. Freiburg, 27. Febr. In der „Freiburger Zeitung“ erin-
nerte Roland Stern am 26. Februar daran, daß vor 100 Jahren
zu Hüfingen Lucian Reich, ein verdienter Kunstmaler, Klein-
bildner und Schriftsteller, geboren wurde. Auch der ältere Bruder
Reichs, Faber, war ein namhafter Bildhauer, ebenso wie ihr Vater,
Nicolaus Reich. Seine Studien vollendete Reich in Frankfurt,
München und Karlsruhe; Förderung wurde ihm dabei von Frei-
mel, Büsch und Schwab zuteil. Im Jahre 1842 durfte er bei der
malerschen Ausschmückung der Karlsruher Kunsthalle mitwirken,
für die er Fresken und Wandgemälde in anderer Technik schuf.
Später gab er mit seinem Schwager J. N. Heinemann, einem be-
gabten Lithographen, verschiedene Bildwerke mit Text heraus, so
„Hieronymus“, Lebensbilder aus der Paar und dem Schwarzburg
(1853) und die „Wanderblüten“ (1854). Großherzog Friedrich regte
den Maler und Dichter zur Beschreibung der Rainau und des
Bodenfeuers an und verlieh ihm die Medaille für Kunst und
Wissenschaft. 1855 wurde er Zeichenlehrer an dem Kaiserl. Ly-
zeum. Später gab Reich noch Muster-Heft für Schwarzburg
Hilfsbilder heraus, Modelle für die Schramberger Porzellanfabrik,
Trachtenbilder, dann malte er Landschaften, Kirchenbilder und an-
deres. Bis zum 73. Lebensjahre wirkte Reich in Rastatt, 1889 zog
er sich in der Ruhestand nach Hüfingen zurück. Hier ließ er noch
verschiedene literarische Arbeiten erscheinen und starb dann am
2. Juli 1900.

Erwerbung des aus Norddeutschland angebotenen Saatgutes betont hatten. Es wurde dabei hervorgehoben, daß der Kartoffelanbau unter keinen Umständen zurückgehen dürfe. — Da die Zeit schon sehr weit vorgeschritten war, wurde beschlossen, die Beratung der noch auf der Tagesordnung stehenden weiteren Punkte auf Donnerstag vormittag zu verlegen.

Durlach, 28. Febr. Am letzten Samstag feierten die Weisgerder Gabriel Schäfer Eheleute hier das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Aus diesem Anlaß wurden dem greisen Jubelpaar herrliche Glückwünsche zuteil. Die Mitarbeiter des Jubilars ehrten denselben durch entsprechende Geschenke und die Firma Herrmann u. Eitlinger überreichte ein namhaftes Geldgeschenk. Möge dem Jubelpaar ein schöner Lebensabend beschieden sein!

Entenheim, 28. Febr. Vaterländische Versammlung. Die am Sonntag hier veranstaltete Vaterländische Versammlung, die überaus zahlreich besucht war und den geräumigen Saal des Gasthofs zum „Adler“ bis auf den letzten Platz gefüllt hatte, nahm einen äußerst stimmungsvollen, erhebenden Verlauf. Herr Postleutnant Klingmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen, insbesondere die eingeladenen auswärtigen Gäste. Herr Oberlehrer Vender gab dann eine gut durchgeführte Darlegung der Kriegslage und hob die Bedeutung der Unternehmungskraft im Hinblick auf die Rückständigkeit der Landwirtschaft Englands hervor. Darauf sprach Herr Pfarrer Niehm über die Pflichten der Daheimgebliebenen. Gemäß brauchen wir die Hebermacht der Feinde nicht zu fürchten, wie es der bisherige Verlauf des Krieges bewiesen habe; um den Krieg siegreich zu Ende zu führen, müssen wir aber auch daheim die äußersten Opfer bringen, vor allem gelte es in diesem Sinne, die auf wirtschaftlichem Gebiete und in Nahrungsfragen vielfach hervortretende Selbstsucht, den „inneren“ Feind zu bezwingen. Die zu Herzen gehenden Worte fanden den wärmsten Beifall. Im Anschluß daran sprach Herr Bezirksrat Banker Hecht aus Karlsruhe über unsere wirtschaftlichen Kräfte. Die Kriegsanleihen seien ein an jeden Einzelnen ergebender Mahnruf, seine Mittel bereit zu halten zur Erreichung des Kriegsziels, an dem jeder interessiert ist: Sicherung der Wohlfahrt des Reichs, Sicherung der Lebensinteressen des deutschen Volkes, Sicherung der deutschen Arbeit für alle Zukunft. Alle Kräfte müssen sich vereinen, draußen und daheim, und uns die Bürgschaft geben, daß das deutsche Volk wie bisher, so auch weiter, standhalten und siegen wird gegen die Hebermacht an Menschen, gegen die Aushungerungsabsichten unserer Feinde und gegen das „reiche“ England, die „silbernen Äugeln“ und die „Schecks“, die gegen unsere Schützengräben schwirren. — Schlagworte im prägnanten Munde des Ministers Lloyd George — und daß Deutschland sich den Frieden erzwingen wird, den unsere Feinde nicht freiwillig nehmen wollten —, einen Frieden, der Deutschland nach schweren Leiden und Opfern, durch schwere Prüfung hindurch einer neuen, glücklichen und segensvollen Zukunft entgegenführen soll. Die eindringlichen, fesselnden Ausführungen des Redners lösten den lebhaftesten Beifall der Versammlung aus. Der weitere Teil der Veranstaltung brachte wirkungsvolle Lichtbilder von den Kriegsschauplätzen und der deutschen Flotte, die von Herrn Oberlehrer B. a. l. vorgeführt wurden und allseitigem Interesse begegneten. Der Vorsitzende, Herr Klingmann, gedachte noch der Frauen, die in ihrer vielseitigen Tätigkeit, namentlich auch in der Landwirtschaft, treue Mitkämpfer seien und sich in der Bewundertenpflege hervortun, und schloß die durch treffliche Vorträge des Männergesangsvereins verschönte, stimmungsvolle Versammlung mit herrlichen Dankesworten. Eine Kellerversammlung brachte einen ansehnlichen Beitrag für das rote Kreuz.

Baden-Baden, 28. Febr. Bei der Stadtverwaltung wurde der dienstfreie Nachmittag am Samstag jeder zweiten Woche der ausschließlich im Bürodienst beschäftigten städtischen Beamten und Angestellten bis auf weiteres aufgehoben.

Kehl, 28. Febr. Nachdem die Schifffahrt auf dem Rhein heimatlich vier Wochen vollständig geruht hatte, kam wieder der erste Schlepptzug, bestehend aus dem Raddschleppdampfer „Fendel 3“ und zwei mit Kohlen beladenen Rähnen in Straßburg an. Der Wasserstand des Rheins ist aber so niedrig, daß die Rähne kaum zur Hälfte ausgelastet werden können. Aus diesem Grunde wird die Schifffahrt bis Kehl-Straßburg vorläufig recht gering sein. Die geplanten Frachten nach Basel können bei diesem Wasserstande überhaupt nicht aufgenommen werden.

Offenburg, 28. Febr. Am Montag, 5. März, nachmittags 6 Uhr, findet eine Bürgerauskunft statt, die sich u. a. mit der Gewährung von Feuerzuzulagen an die städtischen Arbeiter und Angestellten beschäftigt wird.

Offenburg, 28. Febr. Allgemeine Ortskrankenkasse Offenburg-Stadt. Der Vorstand hat mit Wirkung ab 28. Februar den Beitragssatz von 3,75 von Hundert des Grundlohnes auf 4 v. H. festgesetzt, da sich der bisherige Satz als unzulänglich erwies. Die erhöhten Beiträge betragen jetzt wöchentlich: in der Lohnklasse 1: 24 Pfg., 2: 48 Pfg., 3: 72 Pfg., 4: 96 Pfg., 5: 120 Pfg. und 6: 144 Pfg.

Kallbrunn bei Wolfach, 28. Febr. Im Sägemerkel des Bürgermeisters Mantel brach Feuer aus, das innerhalb zwei Stunden das Anwesen gänzlich zerstörte.

Sungweier bei Lahr, 28. Febr. Ein schwerer Unfall hat sich hier zugezogen. Zwei Knaben im Alter von 8 und 12 Jahren, Söhne heiliger Landwirte, spielten mit einem Granatgürtel, den der ältere Knabe vor längerer Zeit aufgefunden und zu Hause aufbewahrt hatte. Im Stalle, wo sich die beiden aufhielten, warf der ältere Knabe den Gürtel in die Wand, dieser explodierte und die Sprengstücke verletzten den in der Nähe stehenden Achtjährigen so schwer an beiden Beinen, daß er kaum mit dem Leben davonkommen wird. Der ältere Knabe hat nur eine leichte Verletzung am Rücken davongetragen. Der Fall ist um so bedauerlicher, als der Vater des schwer Verletzten Kindes seit längerer Zeit vermisst wird und der Vater des älteren gefallen ist.

Aus der Rheinebene, 1. März. Die Wintersaaten haben sich bisher prächtig gehalten soweit sie Brotfrucht bringen sollen. Über der Repp hat mitunter durch die schneelose andauernde Kälte schwer gelitten und gerade jetzt kommen besonders böse Zeiten mit dem stetig wechselnden Gefrieren und Auftauen.

Singen a. S., 28. Febr. Aus Schaffhausen wird den Wälder Nachrichten geschrieben: Es reisen hier noch täglich, mit Ausnahme des Sonntags, rund 1000 Evakuierte durch. Bis in vierzehn Tagen dürfte der angelegte Transport von 50 000 Personen erledigt sein; für den Mai und die weiteren Monate sollen jedoch bereits weitere 80 000 Evakuierte angefaßt sein.

oc. Mannheim, 1. März. Die Firma Heinrich Lang hat in einem Schreiben an die Landwirtschaftskammer ihren herzlichen Dank gesagt für die von den badischen Landwirten den Schwerarbeitern zugewandten Lebensmittel und hat der Kammer den Betrag von 10 000 Mk. überwiesen mit der Bestimmung, daß diese Summe unter die Landwirte verteilt wird, die den Arbeitern der Firma Lang Lebensmittel haben zukommen lassen.

oc. Mannheim, 28. Febr. Der Weichenwärter Franz Josef Schöll wurde von der Strafkammer wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports und fahrlässiger Tötung zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt. Schöll hatte am 25. Februar 1916 eine Weiche falsch gestellt, wodurch ein von Bretten nach Schöppingen kommender Güterzug auf ein Gleis fuhr, auf dem bereits ein Personenzug stand. Der Güterzug lief auf den Personenzug auf, von dem zwei Wagen zerstört wurden. Der Zugführer erlitt tödliche Verletzungen, das er nach zwei Stunden starb.

oc. Mannheim, 28. Febr. Im Alter von 54 Jahren ist der bekannte Frauenarzt Dr. Emil Fischer plötzlich gestorben. Ein Sohn des früheren langjährigen Mannheimer Bezirksarztes, Medizinalrats Dr. Fischer, hatte er sich nach beendeten Studium Mitte der Vierziger Jahre hier niedergelassen und gehörte bald zu den geschicktesten Ärzten seines Faches.

Kriegswucher, Kriegsschwindel.

*** Wunderliche Preissteigerung.** Ein typischer Fall von Preissteigerung durch Zurückhaltung der Waren wurde durch das bayer. Kriegswocheneramt aufgedeckt; auf dessen Veranlassung wurden am Dienstag im Keller der Elguthalle München und in den Lagerräumen einer Expeditionsfirma insgesamt 696 Zentner Zwiebeln beschlagnahmt. Die Zwiebeln waren bereits seit Ende November 1916 dort eingelagert und sind zum Teil schon ausgewachsen. Die Einlagerung erfolgte auf den Namen des Großhändlers Johann Reindl in München. Reindl, der zum Großhandel nicht zugelassen ist, gegen diese Entscheidung aber Beschwerde an die Regierung eingelegt hat, behauptet, der Landesproduktengroßhändler Ludwig Lechner in Herzheim bei Landau (Pfalz) sei der Eigentümer der Zwiebeln. Daß die Zwiebeln nur in der Absicht zurückgehalten worden sind, um durch ihre spätere Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen, geht aus einem beschlagnahmten Brief des Lechner an Reindl vom 31. Dezember 1916 hervor, in dem er an Reindl schreibt: „Empfangen haben Sie geehrtes Schreiben und teile Ihnen mit, daß ich in den nächsten Tagen nach dorten komme, um den Zwiebeln selbst nachzugehen, wenn auch etwas verdirbt, so werden dieselben doch nicht billig weiterverkauft, sondern lieber mal umgeleert, es kommt noch eine Zeit, wo Zwiebeln teuer werden.“

Zur Beurteilung dieses Falles sei daran erinnert, daß mit Verordnung vom 21. November 1916 für Zwiebeln ein Höchstpreis festgesetzt wurde, der sich von Monat zu Monat erhöht.

Für solche Fallstricke ist keine Strafe hoch genug und man kann es dem Kriegswocheneramt nur danken, wenn es gegen solche gewissenlose Wucherer energisch vorgeht.



Macht Soldaten frei!

Meldet Euch freiwillig zum militärischen Hilfsdienst!

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 1. März.

Neue Verteilungen in Sicht.

Die Lebensmittelpreise sollen immer weiter in die Höhe getrieben werden. Seit einiger Zeit sind die Vertreter der Lebensmittelproduzenten an der Arbeit, der Dessenlichkeit planlos zu machen, daß die Landwirtschaft für alle Produkte höhere Preise haben müsse, wenn nicht die Gefahr heraufbeschworen werden solle, die Bebauung des Ackerlandes in Frage zu stellen oder zum mindesten erheblich einzuschränken. Neuerdings sind einige Vertreter der Wirtschaft mobil gemacht, die erhebliche Preissteigerungen für Brotgetreide, Rüben, Kartoffeln, Zucker und Schlachtvieh fordern. Die breiten Schichten der Verbraucher können eine Preissteigerung aller notwendigen Lebensmittel nicht mehr mitmachen, sondern müssen das Uebel an der Wurzel zu fassen suchen und auf Ermäßigung der Preise für die staatlich bewirtschafteten Futtermittel, Kunstdünger und Saatware hinarbeiten.

Es geht nicht an, daß mit unverhältnismäßig hohen Preisen vorgenannter Artikel die hohen Preise für die Fertigerzeugnisse begründet werden. Ähnlich liegt es mit den Preisen einzelner landwirtschaftlicher Erzeugnisse zueinander. Da heißt es, die Preise von Roggen und Weizen stehen in keinem Verhältnis zu den Preisen für Gerste und Hafer oder die Preise von Kartoffeln sind nicht in Einklang zu bringen mit den Steckrüben und Gemüse. Ebenso verhält es sich mit dem Futter zu den Viehpreisen. Warum muß in der Preispolitik immer auf den höheren Preis eines anderen Erzeugnisses hingewiesen werden? Wir wollen doch einmal auf das stetige Anwachsen der Einlagen in den Landwirtschaftskassen hinweisen; das ist der beste Maßstab, wie es mit der Landwirtschaft bestellt ist. Hunderte Millionen Mark haben die deutschen Landwirte im Jahre 1915 nachweisbar auf die hohe Kante legen können; die Statistik für 1916 wird das gleiche beweisen; während die Beamten und alle erwerbstätigen Arbeiter und Arbeiterinnen ihre geringen Ersparnisse für die verteuerte Lebenshaltung aufzehren mühten. Eine weitere durchschnittliche Verteuerung der notwendigen Lebensmittel können breite Schichten der Bevölkerung unter keinen Umständen mehr ertragen. Deshalb muß mit aller Schärfe gegen das Bestreben, Preissteigerungen durchzusetzen, beim Kriegsernährungsamt protestiert werden.

Die Warenumsatzsteuer.

Gegenwärtig werden die „Anmeldungen zur Entrichtung des Warenumsatzstempels“ verhandelt. Da über diese neue Kriegsteuer vielfach noch Unklarheiten bestehen, teilen wir folgendes mit: Abgabepflichtig sind alle, die in einem Gewerbebetriebe Waren gegen Entgelt abgeben. Zu den Gewerbebetrieben ist jede Art von Industrie, Handwerk, Handel, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau und Bergwerksbetrieb zu zählen. Unter den Waren sind alle Erzeugnisse der Natur und des Gewerbes zu verstehen, z. B. Getreide, Vieh, Kohle, Holz, Zucker, Eisen, Stahl, Maschinen, Kleidungsstücke, Speisen, Getränke, Photographien, Gas, elektrischer Strom, Leitungswasser, Bettungen usw. Nicht als Waren gelten Forderungen, besonders auch Urkunden, die als Ausweis für ein Forderungsrecht dienen, wie Fahrkarten, Eintrittskarten, Lotterielose, Briefmarken, Grundstücke usw.

Von dem Gesamtbetrage des Warenumsatzes wird eine Abgabe erhoben, wenn der Gesamtbetrag der Umsätze in einem Jahre mehr als 3000 Mark beträgt. Jetzt wird also verlangt, daß man den Umsatz im Kalenderjahre 1916 angibt und versteuert. Die Steuer beträgt 1 Mk. auf 1000 Mk. Warenumsatz. Jede Art von Warenumsatz ist zu versteuern. So muß für ein Tier, das von einem Landwirt A an einen Händler B verkauft, von diesem aber nicht abgeholt und dann an eine andere Person C abgegeben wird, die es aus dem Stalle wegführt, sowohl von A und von B Umsatzsteuer geleistet werden. Umsatzsteuerpflichtig ist auch die Verarbeitung von Nahrungs- und Genussmitteln in Kaffeebereiten, Gast- und Schankwirtschaften und durch Automaten. Liefert ein Schneider den Stoff zum Anzuge, dann liegt ein steuerpflichtiger Umsatz vor, dagegen ist dies nicht der Fall, wenn der Besteller den Stoff beibringt und der Schneider nur die Zutaten liefert. Ähnlich verhält es sich auch, wenn dem Bäcker ein fertiger Kuchen zum Baden übergeben, wenn einem Müller von einem Landwirt Brotgetreide zum Ausmalen gegeben wird oder wenn ein Tapezierer die ihm übergebenen Tapeten auf Wände auflebt. Wenn aber ein Bauhandwerker Reparaturen in einem Hause vornimmt und die hierzu notwendigen Stoffe selbst stellt, dann liegt steuerpflichtige Warenlieferung vor. Wenn eine Lieferung nicht gegen Entgelt erfolgt, d. h. wenn ein Landwirt von seinen Produkten verpackt oder verfrachtet, dann besteht kein Warenumsatz im Sinne des Gesetzes. Da durch das Gesetz der Rohumsatz erfasst werden soll, darf von dem Gesamtumsatz nichts für Hölle, Verbrauchsabgaben, Vermittlungsgebühren, Verpackung und dergleichen abgezogen werden.

*** Viehzählung.** Die am 1. März vorhandenen Bestände an Pferden, Rindvieh, Schafen, Schweinen und Ziegen werden von der Schuhmannschaft beim Abholen der Erhebungsbogen über die Kartoffelvorräte in jeder Haushaltung erfragt werden.

*** Kohlenzufuhr.** Wie aus Mannheim berichtet wird, ist die Schifffahrt auf dem Rhein wieder in Gang gekommen, der Wasserstand ist aber so niedrig, daß die vollbeladenen Kohlenschiffe, welche wegen Eisgangs in die Häfen gestrichelt waren, zuvor erleichtert werden müssen, bevor sie in das leichtere Wasser des Oberrheins gelangen können. Immerhin ist zu hoffen, daß in den nächsten Tagen Kohlen im hiesigen Rheinhafen ankommen, nachdem rheinaufwärts schon verschiedene Schlepplüge gegangen sind.

Das 2½-Pfennig-Stück kommt. Die Reichsfinanzverwaltung hat sich schließlich gemocht, die Prägung einer 2½-Pfennig-Münze vornehmen zu lassen, allerdings erst nach Ausprägung der Eisen- und Aluminium-Münzen, die gegenwärtig in Arbeit sind. Die „Berl. Pol. Nachr.“ empfehlen, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, in der Zukunft gleich einen Schritt weiter zu gehen und auch ein 7½-Pfennig-Stück und ein 12½-Pfennig-Stück zu schaffen. Dadurch würde der Kleingeldverkehr, wie er aller Voraussicht nach später sich gestalten wird, eine sehr erhebliche Erleichterung und Vereinfachung erfahren.

Weitere Erhöhung der Mollgeldsätze. Nach einer Bekanntmachung der Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen tritt wegen der durch den Kriegszustand hervorgerufenen weiteren Verteuerung der Zuzahlung mit Wirkung vom 1. März d. J. für die Kriegsbauer bei allen amtlichen Güterbefähigungen eine weitere Erhöhung der Mollgeldsätze und der Mindestgebühren ein. Nach den neuen Sätzen werden die Mollgeldsätze für die Orte bis zu 5000 Einwohnern um weitere 10 v. H. (d. i. gegen die Friedenssätze um 30 v. H.), für Orte von über 5000 bis 25 000 Einwohnern um weitere 10 v. H. (d. i. gegen die Friedenssätze um 40 v. H.) und für die größeren Städte (Konstanz, Heidelberg, Pforzheim, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim) um weitere 20 v. H. (d. i. gegen die Friedenssätze um 50 v. H.) unter Aufhebung des Mollgeldsatzes auf volle Pfennig und des Erhebungsbetrages für jede Frachtwiege auf die nächste durch 5 teilbare Zahl, sowie die Mindestgebühren um weitere 5 Pfg. (d. i. gegen die Friedenssätze bis einschließlich 25 Pfg. um 10 und die höheren um 15 Pfg.) erhöht. Die sonstigen Sätze und Gebühren bleiben unberührt.

*** Auszeichnung.** Wie uns vom Felde mitgeteilt wird, wurde der Wehrmann B. Wittigdorfer am 1. v. M. mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse und am 19. v. M. mit der Bad. Verdienstmedaille ausgezeichnet.

Ein auffahrender Vorgang spielte sich gestern nachmittags in der Paumierstraße ab. Ein Pferd war durchgegangen und schoß mit rasender Eile durch die Wilhelmstraße und rannte in den Sinfelzengarten, der den Gehweg auf der Seite der alten Bahnhofsverfäule abschließt. Das Pferd hatte versucht, den Zaun zu überspringen; blieb aber in den eisernen Spigen hängen und berstete sich an den Beinen und dem Körper schwer, so daß das Vieh zur Erde rann. Man suchte das Pferd aus seiner schmerzlichen Lage zu befreien, das Eisengitter wurde durchgehrt und niedergerollt. Angewiesen kam die Hilfsabteilung der Feuerwehr, welche das Pferd herauszog. Aber es zeigte sich, daß das Tier verloren war. So wurde es an Ort und Stelle getötet und vom Pferdemeister abgeführt. Dem Besitzer des Pferdes dürfte ein empfindlicher Schaden entstanden sein.

Veranstaltungen.

Arbeiter-Jugend. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr im Lokal „Gambriunshalle“, Ludwigplatz, Zusammenkunft.

Karlsruher Fußballverein e. V. Am Entscheidungsspiel um die Südkreismeisterschaft treffen sich am kommenden Sonntag, den 4. März, auf dem Sportplatz des Karlsruher Fußballvereins (berl. Volkshaus) Stuttgarter Kickers und Sportverein Straßburg. Da beide Mannschaften zeitweilig außer Spielstand sind — Kickers spielen mit Böler, Schäfer und Kreis, Straßburg mit Junger, Heß, Dr. Schröder, früherer K. F. V. — dürfte ein äußerst spannender Wettkampf zu erwarten und ein Besuch sehr lobenswert sein. Beginn 8 Uhr.

Im Kolosseum beginnen heute Donnerstag 1. März wieder die regelmäßigen Vorstellungen, die für die erste Hälfte des März verpflichteten Künstler sind aus heutigem Anzeigenteil ersichtlich. Die Vorstellungen beginnen pünktlich 8 Uhr, an Sonntagen finden zwei Vorstellungen — nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr — statt.

Neues vom Tage.

Frau Kupfer und ihre Gimpel.

In dem Konkurs der Frau Mela Kupfer, die unter den Berliner Gimpeln einen so reichen Fischzug machen konnte, war dieser Tage so dem Amtsgesamt Schöneberg die erste Gläubigerversammlung. Hören wir, was da berichtet ward. Frau Kupfer ist am 1. Februar 1874 zu Göthen in Anhalt geboren, heiratete mit 17 Jahren den Inhaber einer Leipziger Kaufmanns-Firma, der

1880...
ernähr...
Bertr...
Jahre...
die m...
mit der...
auf die...
gegeb...
hens...
mit ein...
Der B...
heßen...
Vingun...
für die...
das „S...
Lute, so...
beden...
Wupfer...
erfolgt...
Es...
scheiden...
zweite...
besteh...
haftung...
sind bis...
ten der...
den Gel...
von der...
heßen, a...
mittler...
Insum...
300 Mk...
erfüllen...
dungen...
Gründun...
Nach...
war mög...
ten Al...
Strümpf...
Gand...
auch für...
Münzen...
Ausgabe...
war keine...
Millio...
den, Off...
18 000...
hiese Al...
häftigen...
tionen be...
sich auf...
der „gro...
hat am 2...
Sally-Ju...
Pa...
D...
Waldstr. 16/
Direktion...
Ab heute...
lich 8 Uhr...
4 Uhr und...
Programm...
Hagen!!...
bainor...
auf der Chr...
in ihren Ve...
ner Bildha...
Alvers u...
Hedy Flo...
Druckf...

1890 angeblich auf der Jagd verstarb, ohne Vermögen zu hinterlassen. Sie will sich in Leipzig mit Schriftstellerei und Erfindungen ernähren haben; doch hat sich herausgestellt, daß sie sich auch mit dem Vertrieb „gemilder Kräfte“ beschäftigte. Sie war damals stark verschuldet und siedelte im Februar 1915 ohne Mittel nach Berlin über. Sie mußte sehr bald den Offenbarungseid leisten. Sie suchte sich mit dem Verkauf von Brotkrumen zu ernähren, was ihr aber auf die Dauer nicht zulangte. Ein von einem Leipziger Herrn hergegebenes Darlehen von 500 M. benützte sie zum Erwerb von Lebensmitteln, die sie dann weiterveräußerte. Im Bürohause Börsenstraße mietete sie einen kleinen Raum und führte hier den Grundgedanken für ihr später großangelegtes „System“. Von einer Hotelbesitzerin hatte sie sich 400 M. zur Anschaffung von Waren entlehnt, die sie mit einem Zinsengenuß von 70 M. sehr bald zurückzahlen wollte. Der Vertrieb der Waren brachte aber Verlust. Um diesen zu bedecken, borgte sie sich von einem Verwandten 2000 M. unter der Bedingung, dafür innerhalb kurzer Frist 400 M. Zinsen zu zahlen. Mit diesem Gelde befreite sie die Hotelbesitzerin. So begann das „System“. Ihre Lebensmittelfeschäfte ergaben fortgesetzt Verluste, so daß die Verpflichtungen lawnenartig anwuchsen. Diese zu decken konnte ihr nur auf verbredeter Art gelingen. Frau Kupfer ließ sich nun falsche Stempel anfertigen, mit denen sie gefälschte Urkunden fertigte.

Es lassen sich drei Klassen von Gläubigern unterscheiden. Die erste hat Gewinnanteil und Kapital zu fordern, die zweite nur Gewinnanteil und die dritte und am meisten geschädigte besteht aus den Personen, die der Kupfer noch kurz vor ihrer Verhaftung mehr als eine Million Mark Bargeld gegeben haben. Es sind bisher 170 Personen ermittelt worden, die sich an den Geschäften der Frau Kupfer beteiligt haben. Die Kupfer verhandelte mit dem Geldegeber meist direkt, sie bediente sich aber auch einer Anzahl von Vermittlern. Die sich selbst günstiger Anteile versprochen hatten, als sie ihrerseits den Geldgebern zugestanden. Andere Vermittler führten ihr nur Leute zu. Diese Vermittler schloßen Kaufsummen von Verbindlichkeiten, bis zur Höhe von 40.000—50.000 M. provisoriell! Die einzelnen Darlehen betragen sich auf 100, 300, 500 M. und steigen bis zu 1.000.000 M. Um diese Verpflichtungen erfüllen zu können, beteiligte sich Frau Kupfer an zwei Gründungen mit je 100.000 M. und 900.000 M. Die Rechte aus diesem Gründungsvertrag wurden an dritte Personen abgetreten.

Auch der Aufwand für den Privatbedarf der Frau Kupfer war außerordentlich groß. Mutter und Tochter kauften die teuersten Kleider, Hüte und Stiefel, seidene Hemden für 115 M., Strümpfe das Paar zu 18 M., viele Dutzende Paare von seidenen Handschuhen und kostbare Schmuckstücke. Hohe Summen wurden auch für Autos ausgegeben. Die Rechnungen für Photographen, Blumenengländer, Kunsthandlungen gehen in die Tausende. Die Ausgabe von hundert Mark für die Benützung eines Sportplatzes war keine Seltenheit. Der jährliche Unterhalt eines Sportplatzes mit 10 Millionen Mark gefüllt! Badetage sind vorgesehen worden, Effekten im Wert von 97.000 M. sind so belastet, daß nur 18.000 M. der Konkursmasse zugute kommen werden. Die tatjähliche Aktiva besteht nur aus 60.000 M. Die Höhe der Verbindlichkeiten läßt sich zurzeit noch nicht angeben, dürften aber 2 1/2 Millionen betragen. Die Summe der aufgenommenen Gelder differiert sich auf vier Millionen Mark. ... Alles in allem: ein Ergebnis der „großen Zeit“!

Rechte Nachrichten.

Durch eigene Säuh.

W.B. Berlin, 28. Febr. Eines unserer Unterseeboote hat am 26. Februar, mittags, etwa 30 Seemeilen westlich der Scilly-Inseln im Sperrgebiet den holländischen Dampfer

„Zafatra“ angetroffen. Es wurde festgestellt, daß der Dampfer sich mit Getreide für die holländische Regierung auf dem Wege nach Rotterdam befand. Da die Schonfrist für neutrale Schiffe in den fraglichen Gewässern noch nicht abgelaufen war, wurde der Dampfer entlassen, ihm aber dringend geraten umzukehren, das Sperrgebiet zu verlassen und nördlich oder östlich desselben nach Holland zu fahren. Außerdem wurde ihm ein Plan der dringenden Warnung setzte der Dampfer seine Fahrt in Richtung auf den Kanal fort. Die „Zafatra“ hat dann — ob freiwillig oder unwillig ist hier nicht bekannt — den englischen Hafen Dartmouth oder Bournemouth angelaufen. Die Folge davon war, daß sie sich später unter dem am 22. Februar aus diesem Hafen ausgelaufenen und bei den Scilly-Inseln versenkten holländischen Dampfern befand.

Die Vergewaltigung Griechenlands.

W.B. Bern, 1. März. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Athen schreibt das Blatt „Hesperini“, die Kontrolle der Entente über Telegraph, Polizei, Zoll- und Hafenbehörden sei effektiv geworden. Inkommode Lebensmittel werde die Entente direkt zur Verfügung der Bevölkerung gehalten. England schreibe die Entschädigungen an die Venezianer vor. Die Munitionstransporte nach dem Peloponnes dauerten an. Der Bericht der Entente-Kontrollen werde demnächst veröffentlicht werden. Weitere Todesfälle infolge Unterernährung seien gemeldet. Die Adokaten ganz Italiens hätten einen Protest gegen die Fortsetzung der Blockade eingereicht.

Englische Wit.

W.B. Rotterdam, 28. Febr. Dem „Nieuwen Rotterdam Courant“ zufolge schreibt „Daily Chronicle“: Die amnestische und rücksichtsloseste Ueberrumpfung, die der Feind bisher ausgeführt hat, war der Angriff deutscher Torpedoboote auf „Margate“ und „Broadstairs“ am letzten Sonntag. Um so bemerkenswerter findet es das Blatt, daß Carjon bisher der Kritik entgangen ist, die gegen Balfours Verwaltung der Admiralität sehr scharf geübt sei.

Wilson's Rede im Kongreß.

Berlin, 1. März. Ein Fünfhefter des Vertreters des W.B. in New York vom 26. Februar ergänzt die Newer-Meldung über Wilson's Rede im Kongreß am 26. Februar, nachmittags. Bei Erwähnung der Wirkungen des Unterseebootskrieges auf die amerikanische Schifffahrt berührte Wilson die Verletzung des amerikanischen Dampfers „Sourantonie“, der mit Lebensmitteln nach London bestimmt gewesen sei. Dieser Fall gleiche also dem des amerikanischen Segelschiffes „William R. French“, bei welchem die deutsche Regierung ihre Verantwortlichkeit für den Sachschaden und für die Rettung der Besatzung anerkannt habe. Er erwähnte weiter die Verletzung des amerikanischen Schoners „Liman S. Vasco“. Im Hinblick auf sein Ergehen um Vollmacht sprach Wilson seine Überzeugung aus, daß er mit der Gesamtheit seiner verfassungsmäßigen Pflichten und Rechte diese Ver-

fugnisse zweifellos schon besitze, daß er aber unter den gegenwärtigen Umständen nicht auf Grund einer so allgemeinen Vollmacht handeln, sondern fühlen möchte, daß das Ansehen und die Macht des Kongresses bei allem, was er etwa werden tun müssen, hinter ihm stehe. Wir sind, sagte er, zusammen Diener des Volkes und müssen gemeinsam in seinem Sinne handeln, soweit wir ihn erraten und ausdeuten können. Wilson bezog dies auf die Pflicht, Handel und Leben der Amerikaner zu schützen und erklärte: Seit es sich unglücklicherweise als unmöglich erwiesen hat, amerikanische Rechte gegenüber den unverantwortlichen Vereinträchtigungen durch die Deutschen mit diplomatischen Mitteln zu wahren, dürfte die einzige Art, auf einen etwa eintretenden Notfall gerüstet zu sein, in der bewaffneten Neutralität bestehen, für die es reichliche Präzedenzfälle in Amerika gibt. Es sei zu hoffen, daß es nicht nötig sein werde, die bewaffnete Macht irgendwo in Tätigkeit zu setzen. Das amerikanische Volk wünscht das nicht, sagte der Präsident. Unser Wunsch ist kein anderer als der seinige. Wilson meinte, das Volk werde den Geist, in dem er handele, sicher verstehen. Er sei aber auch ängstlich darum besorgt, daß die Völker der kriegführenden Länder Amerika verstehen und ihm nicht mißtrauten. Er wies auf seine fast drei Jahre lang bewiesene und auch jetzt noch bestehende Friedensliebe hin und erklärte, er verlange nur die Mittel und die Ermächtigung, das Recht eines großen Volkes auf friedliches Leben und Handeln in Wirklichkeit zu sichern. Kein Schritt des Präsidenten oder des Volkes werde zum Kriege führen, der nur durch willkürliche Handlungen und Angriffe von anderer Seite werden entstehen können. Da er noch keine einzelnen Maßnahmen vorschlagen könne, bitte er, ihm die gewünschte Ermächtigung in möglichst allgemeinen Ausdrücken zu erteilen. Er würde in jedem Fall mit Zurückhaltung, Vorsicht und in freundschaftlichem und aufrichtigem Geiste handeln. In diesem Sinne bitte er um die Ermächtigung zur Bewaffnung der Handelschiffe und um einen Kredit hierfür und für ihre Versicherung gegen Kriegsgefahren. Der Präsident schloß mit dem gemeldeten Hinweis auf die allgemeinen Meinungen. — Sobald Wilson das Kapitel verlassen hatte, wurden die Ausschüsse beider Häuser für auswärtige Angelegenheiten auf denselben Nachmittag einberufen.

Ein neutrales Urteil über Wilson's Haltung.

Haag, 1. März. Der „Nieuwe Courant“ schreibt über die Rede des deutschen Reichskanzlers: In seiner Antwort an Amerika hat der Reichskanzler einen starken Stand. Es ist unbestreitbar, daß zwischen der Haltung Amerikas gegenüber dem durch die Entente verübten Unrecht und dem durch die Mittelmächte verübten ein harter Unterschied besteht. Ebenso wie Amerikas energisches Auftreten gegen die Unterseebootskurie dieses Monats hinausgeschoben hat, würde auch ein kräftiges Auftreten gegen das britische Unrecht den Neutralen viel Erleichterung erspart haben und Wilson's Aufforderung an die Neutralen, seinem Vorbild zu folgen, würde eine viel härtere moralische Stütze gehabt haben, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten gegen jedes den Neutralen gegenüber verübte Unrecht Stellung genommen hätte. Amerika ist es nicht nur nicht gelungen, England in die Grenzen des Rechts zu zwingen, sondern es hat auch bei den Neutralen nicht den Eindruck erweckt, daß es ernsthafte Versuche in dieser Richtung unternommen hat.

Wasserstand des Rheins.

1. März.
 Schifferinsel 0,90 m, gef. 2 cm, Neßl 1,90 m gef. 0 cm,
 Mayau 3,34 m, gef. 2 cm, Mannheim 2,39 m, gef. 4 cm.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Rechte Post: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Ortskrankenkassen.

Wir machen die Herren Arbeitgeber im Hinblick auf die patriotische Pflicht, den Bargeldverkehr einzuschränken, darauf aufmerksam, daß die Entrichtung der Kassenbeiträge außer der Bezahlung von Post- und Bank- und Scheid- Ueberweisungen usw. an unsere Kassenboten noch in nachstehender Weise erfolgen kann:

1. Durch Eingahlung bezw. Ueberweisung auf unser Post-scheckkonto 5524;
2. durch Eingahlung bezw. Ueberweisung auf unser Bankkonto bei der Vereinsbank Karlsruhe oder eventl. deren Reichsbankfiliale, oder
3. auf unser städt. Sparkasse-Girokonto Nr. 63.
4. Die Zahlung kann auf Antrag auch durch Abbuchung vom Post-scheckkonto, sowie
5. durch Abbuchung vom Girokonto der Zahlungspflichtigen bei der städt. Sparkasse dahier bewirkt werden.

Der Antrag wegen Abbuchung zu D. R. 4 ist bei uns, zu D. R. 5 bei der städt. Sparkasse hier zu stellen.

Die Abbuchung wird von uns allmonatlich in der Zeit vom 20. bis Monatsende in die Wege geleitet.

Voraussetzung für die Abbuchung ist, daß die Zahlungspflichtigen zu diesem Zeitpunkt für ein ausreichendes Guthaben auf ihrem Konto Sorge tragen.

Zwecks Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wollen Zahlungen an unsere Kassenhalter nur ausnahmsweise und dann möglichst nur bargeldlos geleistet werden; in der Regel wolle der oben beschriebene Weg eingeschlagen werden.

Karlsruhe, den 28. Februar 1917.

Die Kassenverbände.

Ev. Kirchengemeinde Karlsruhe.

Aufforderung an unj. Gemeindeglieder.

Diejenigen, welche Angehörige im Felde oder sonst im Seeresdienst oder in feindlicher Gefangenschaft haben, werden hiernit aufgefordert, die genaue neueste Adresse derselben einem der Unterzeichneten, am besten dem Bezirkspfarrer, schriftlich mitzuteilen. Wir wollen denen draußen einen Dankschreiben aus der Heimat schicken. Spätestens am Mittwoch, den 7. März müssen die Adressen gesammelt sein, sonst können wir die Ausführung nicht versprechen.

Soprediger Fischer.

Die Stadtpfarrer: Hesselbacher, Hindenlang, Kühlewein, Rapp, Rohde, Schilling, Weidemeier.

Palast-Theater Herrenstraße 11

Nur noch heute u. morgen!

Florians Tante

Lustspiel in 3 Akten.

Die Frau des Anderen

Drama in 3 Akten.

Julius und der Drei-Millionen-Schmuck.

Die neuesten Kriegsberichte von allen Fronten. Hochinteressante Aufnahme.

Erlaube mir meine geehrten Besucher darauf hinzuweisen, daß mein Theater wieder von nachmittags 3 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet ist.

Die ruhigeren Nachmittagsvorstellungen werden dem geehrten Publikum als besonders genussreich empfohlen. 685

Zu diesem reichhaltigen Programm haben Vorzugskarten Gültigkeit

1/2 Minute von der Elektr. Haltestelle Herrenstraße

Palast-Theater Herrenstraße 11

Waldstr. 16/18 **COLOSSEUM** Telefon 1938

Direktion: Gust. Kiefer. Kapellmeister: Alois Waldes.

Ab heute Donnerstag, den 1. März, täglich abends pünktlich 8 Uhr. An Sonntagen 2 Vorstellungen: nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr. Das erstklassige Spezialitäten-Programm vom 1 bis mit 15. März 1917: **Hensel und Hagen!** Original-Lilliputaner, gen. Die lustigen Strassenbühnen. **Gebrüder Kaeth**, Holländische Meisterspieler auf der Chromatischen Konzertharmonika. **Lilly Danson** in ihren Verwandlungszügen. **Hans Harimuth**, moderner Bildhauer. **Narciss Mertens**, Humorist. **Hilde Alvers u. Partner**, humoristisch-akrobatische Spiele. **Hedy Flott**, Vortragskünstlerin. **Joh. Klermont** mit seinem Wander-Parodie-Zirkus. 680

Bekanntmachung.

Der „Staatsanzeiger“ und das amtliche Verlobungsblatt veröffentlichen eine Bekanntmachung des Reg. stellvertretenden Generalkommandos des 14. Armee-Korps vom 1. März 1917 Nr. W. II. 1800/1. 17. RM., enthaltend einen Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. W. II. 1800/2. 16. RM. und den Nachträgen W. II. 1800/5. 16. RM. und W. II. 1800/9. 16. RM. über Gültigkeitskreis für Baumwollspinnstoffe und Baumwollgewebe. Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Groß. Bezirksamt und den Bürgermeistern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 1. März 1917. 689

Groß. Bezirksamt.

Druckfachen werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volksfreund“.

Zu kaufen gesucht: Balgen u. Grammophonplatten ganze u. zerbrochene. Angebote an Frau Vogel, Kaiserstraße 17 post. Korsetten, hoch und nieder, mit wachsbaren Einlagen, sehr billig abgegeben. Kaiserstraße 17. post. 648

Seiden-Stoffe

Perl-Seide einfarbig, solide Qualität, grosse Farben-Auswahl Mtr. 7.80 5.80 3⁸⁵	Kaschmir-Seide etwa 100 cm, solides Gewebe, in grosser Farben-Auswahl Meter 18.75 9⁸⁰
Satin-Seide einfarbig, weiches, glänzendes Gewebe, grosse Farbauswahl Meter 4.80 2.75 1⁹⁵	Kleider-Seide etwa 100 cm, solide Qualität, mattglänzend, in vielen Farben Meter 11.50 8⁸⁰
Blusen-Seide kariert, auch für Kinderkleidchen Meter 6.80 4.50 3⁹⁰	Rausch-Seide je nach Preis etwa 90/100 cm, solides Gewebe, mattglänzend, in vielen Farben Meter 14.25 9⁸⁰
Blusen-Seide gestreift, geschmackvolle Must. Meter 7.80 4.80 2⁹⁰	China-Krepp etwa 100 cm, reine Seide, mattglänzend, in vielen Farben Meter 19.50 6⁵⁰
Wasch-Seide einfarbig, mattglänzende Qual., für Kleider u. Blusen Mtr. 3.80 3⁵⁰	Kleider-Seide etwa 70 cm, solide Qualität, reine Seide mit modernen Streifen und bestickt Meter 10.80 9⁸⁰
Schwarze Körper-Seide solides Gewebe Meter 3.80 3⁸⁰	Weisse Seide etwa 85 cm, auch für Leibwäsche Meter 7.50 7⁵⁰
Schwarze Rausch-Seide solide Qualität Meter 4.50 3⁰⁰	Weisse Wasch-Seide etwa 100 cm, für Kommunion-Kleider Meter 11.50 8⁸⁰
Schwarze Perl-Seide gute Ware Mtr. 7.80 6⁵⁰	Roh-Seide etwa 80 cm, für Kleider und Kostüme Meter 10.75 7²⁵
Roh-Seide etwa 75 cm, für Kleider u. Blusen, ganz besonders für Leibwäsche Meter 8.50 6⁸⁰	
Perl-Seide je nach Preis, 85/100 cm, solides Gewebe Meter 13.80 6⁵⁰	

Kleider-Stoffe

Blusenstoffe wollgemischt, mit hübschen Streifen Meter 2.35 1⁹⁵	Schwarze Kleiderstoffe reine Wolle Meter 6.25 4⁸⁰
Blusenstoffe reine Wolle, hübsche Muster Meter 3.50 2²⁵	Weisser Bulgarenkrepp etwa 110 cm Meter 8.50 6⁵⁰
Kleiderstoffe je n. Pr., etwa 90/105 cm, Halb- wolle blau,grün, Karos M. 4.50 2⁹⁰	Musselin Wollersatz, hübsche Muster Meter 1.75 1³⁵
Kleiderstoffe etwa 108 cm, reine Wolle, geschmackv. Karos Mtr. 7.25 3⁵⁰	Kreponstoffe in grosser Musterauswahl Meter 2.25 1³⁵
Kleiderstoffe etwa 130 cm, reine Wolle, gedieg. Qual. blau, grün M. 19.50 7⁸⁰	Schleierstoffe in modernen Mustern Meter 3.50 1⁹⁵
Kostümstoffe etwa 110 cm, reine Wolle Meter 8.75 4⁸⁰	Bulgaren-Krepp in hübschen Blumen- mustern Meter 3.25 3²⁵
Kostümstoffe etwa 130 cm, reine Wolle Meter 13.50 11⁵⁰	Schleierstoffe etwa 100/120 cm, mit Tupfen bestickt Meter 4.50 3⁰⁰
Kostümstoffe etwa 130/140 cm, reine Wolle, in Frühjahrsf., Mtr. 15.50 7⁵⁰	Schleierstoffe etwa 100/120 cm, mit gestick- ten Blumen Meter 9.80 4⁵⁰

Her- mann Tietz Karlsruhe.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

Vom 1. März d. J. ab sind unsere Verkaufsstellen an **Wochentagen bis abends 1/2 8 Uhr** an **Samstagen und an Tagen vor gesetz- lichen Feiertagen bis abends 1/2 9 Uhr** geöffnet.
An **Sonntagen** bleiben unsere Verkaufsstellen bis auf weiteres vollständig geschlossen.
Der Vorstand.

Neues Konzerthaus.

Samstag, den 3. März 1917, abends 8 Uhr

Wohltätigkeits-Konzert

veranstaltet vom **Ersatz-Bataillon Landw.-Inf.-Reg. 109** hier zu Gunsten des **Hinterbliebenenfonds**.

Mitwirkende:
Fräulein Irene Ruth, Heidelberg, Opernsängerin
Herr Hofopernsänger Jos. Schöffel, z. Z. beim Bataillon
Herr Hofschauspieler Lüttjohann
Herr Romeo
Der Männerchor d. Gesangvereins „Concordia“ (Chormeister Herr Lechner)
Die verstärkte Bataillonskapelle (Leitung: J. Königer)
Am Flügel: Herr Kapellmeister Schweppe.

Karten im Vorverkauf zu 3.20 Mk., 2.20 Mk., 1.20 Mk. sind in der Musikalienhandlung **Fr. Müller**, Ecke Kaiser- und Waldstrasse (rechte Seite), und Musikalienhandlung **Kuntz Nachf.**, Kaiserstr. 114 (linke Seite), erhältlich.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstrasse 34, 1. Tr.
Wintermäntel Mk. 32.75 an
Wasserdichte Mäntel Mk. 29.75 bis Mk. 108.00
Jadenkleider, neue Formen in schwarz und farbig Mk. 28.75 bis Mk. 125.00
Kleiderstoffe Mk. 5.75 an
Bäckerschürze Mk. 2.80 an
Blusen Mk. 3.25 an
Pelerinen und Lodenmäntel in allen Größen. 658
Keine Ladenspeisen.

Größere Anzahl jugendlicher Arbeiterinnen

von 14 bis 16 Jahren gesucht durch das **Städt. Arbeitsamt** Jähringerstrasse 100, 3. Stof.

Tüchtiger Heizer

gegen hohen Lohn gesucht. **Louis L. Stern & Co.** Marmeladefabrik **Bannwaldallee 1.** **Bachstr. 52** ist eine schöne 2- und 3-Zimmer- wohnung m. Zub. auf 1. April zu vermieten. Näheres daselbst im Laden. 141

Ein heizbares geräumiges Zimmer, mit 1 oder 2 Betten, ist zu vermieten. Anzusehen zwischen 12-1/2 Uhr oder von 1/2 6 Uhr an. **J. Reinhardt**, Schützenstr. 60. Stb. 2. St. 115.

Büchlerinnen

Arbeiterinnen finden gegen hohen Lohn dauernde Beschäftigung.

Dampfwaschanstalt Schorpp

Kaiser-allee 37.

Nächste Badische Rote + Geld-Lotterie.

Ziehung schon 16. März 3228 Geldgewinne und 1 Prämie bar **37 000 Mk.** Hauptgewinn ev. **15 000 Mk.** 3327 Geldgewinne **22 000 Mk.** Lose 1 Mk., 11 Lose 10 M. Porto und Liste 30 Pfg. empfiehlt Lotterie-Untern. **J. Stürmer** Stralburg 1. E., Langstrasse 101. Filiale Kohl a. M., Hauptstr. **Franz Pecher** Karlsruhe, Kaiserstr. 78, Carl Götz, Habelstr. 11/15.

Zu vermieten

auf 1. April mehrere Wohn- nungen, bestehend aus 2 Zim- mern, Küche und Keller (Gas- und Wasserleitung). Näheres bei **J. Madener**, Ruppurrerstrasse 20.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 1. Hälfte des Monats März 1917 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweislisten an folgenden Tagen statt:

1 bis mit 2700: Donnerstag, den 1. März 1917,	2701 " " 5400: Freitag, den 2. März 1917,
5401 " " 8000: Samstag, den 3. März 1917,	8001 " " 10500: Montag, den 5. März 1917,
10501 " " Schluß: Dienstag, den 6. März 1917,	

jeweils vormittags von 8 Uhr bis 11 Uhr und nachmittags 1/2 3 Uhr bis 6 Uhr im großen Rathsaussaal.

Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgegeschäfts muß dringend darauf behanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 27. Februar 1917. 668

Das Bürgermeisteramt.

Zucker-Verteilung.

Von Freitag, den 2. März, bis einschließlich Dienstag, den 6. März 1917, wird in den bekannten Geschäften auf die Zuckermarken 1, 2 und 3, gültig vom 26. Februar bis 11. März 1917, je 1/4 Pfund = 1/4 Pfund

Zucker

abgegeben. Alle mit dem Bemerkt „Militär“, „Kranke“, „Arbeitslos“ und „Beim“ versehenen Zuckermarken werden nur bei unsern Verkaufsstellen

Douglasstr. Nr. 24, Kriegstr. Nr. 80,

sowie bei der Filiale der Firma Pfannkuch u. Co.,

Rheinstr. Nr. 25

eingelöst.

Nach Ablauf der Verkaufszeit dürfen die noch vorhandenen Restbestände nicht mehr ohne unsere ausdrückliche Bewilligung abgegeben werden, sie verbleiben vielmehr zu unserer Verfügung.

Spätestens am 8. März 1917 haben die Geschäftsinhaber der Verkaufsstellen die eingekommenen Marken zu je 100 gebündelt nur in der Kartenscheibe abzuliefern und hierbei Abrechnung auf vorgeschriebenem Formular, welches bei der Kartenscheibe beizubringen ist, zu ermitteln.

Die Geschäftsinhaber werden im Interesse der rechtzeitigen Neuverteilung aufgefordert, die Abrechnung und Markenablieferung pünktlich zu erledigen.

Geschäfte, welche dieser Anordnung zuwider handeln, müßten in Zukunft als Verteilungstheile gestrichen werden.

Karlsruhe, den 28. Februar 1917. 692

Städtisches Nahrungsmittelamt.

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht betreffend.

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren verpflichtet, die fortbildungspflichtigen Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen usw. zur Teilnahme an Fortbildungsunterrichte anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche Zeit zu gewähren.

Fortbildungspflichtig sind gemäß § 1 desselben Gesetzes Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.

Zu widerhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 Mark bestraft (Absatz 2 desselben Paragraphen).

Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., die von auswärts hierher kommen, sind sofort anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur verfußt- oder probeweise aufgenommen sind.

Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., welche die Fortbildungsschule verlassen, sind von den Eltern, Arbeits- oder Lehrherren beim Klassenlehrer unter genauer Angabe der Adresse abzumelden.

Karlsruhe, den 1. März 1917. 183

Das Volksschulrektorat.

Bad. Schwarzwaldverein. Bezirks- und Ortsgruppe Karlsruhe. E. B.

Mitglieder-Versammlung.

Die Freunde und Mitglieder unseres Vereins werden zu der am **Donnerstag, 15. März 1917, abends 1/2 9 Uhr**, im **Moninger** (Konfordiasaal) stattfindenden Mitglieder- versammlung hiermit freundlichst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Erstattung des Jahresberichts für 1916.
2. Rechnungsablage für 1916.
3. Beratung der im Jahre 1917 vorzunehmenden Arbeiten.
4. Anträge und Wünsche der Vereinsmitglieder.
5. Neuwahl des Vorstandes.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheausgebote. Otto Manz von hier, Hausierer hier, mit Elise Ambrüster von Heidelberg. Oskar Müller von Rörch, Schneider hier, mit Maria Hofdurf von Mörb. Franz Schwarz von Sielach, Schlosser hier, mit Anna Oberle von Freiburg.

Geschiedenheiten. Jakob Reinhardt von Bretten, Spizer alt- mit Margareta Schmid von Bakertal. Gustav Berner von Rupp- heim, Fabrikarbeiter hier, mit Maria Hofdurf von Schiersfeld. Kon- rad Bernet von Hochfelden, Kaufmann hier, mit Rosa Herzog von hier.

Todesfälle. Veronika Steurer, 59 J. alt, Witwe von Georg Steurer, Schneidermeister. Johann Hoffinger, Diener, Chemann, 55 J. alt, Carl Rallmer, Maurer, ledig, 63 J. alt, Josef Roth, Kaufmann, Chemann, 63 J. alt, Erwin, 1 J. 4 Mon. 28 Tage alt, R. Gustav Gärtner, Schneider, Carl Stern, Schlosser, Chemann, 67 J. alt, Wilhelm Dehler, Schmied, Chemann, 34 J. alt, An- tonia Graf, 82 J. alt, Witwe von Josef Graf, Eisenbahnwaffner.

Umschreibungen. Otto Schäfer, händischer Gartenarbeiter, ledig, 25 J. alt, Margare- rete Voroy, 37 J. alt, Ehefrau von Friedrich Voroy, Maurer- meister, Hermann, 3 Mon. 6 Tage alt, B. Adolf Müller, Maurer, Hermine Gananwolf, ohne Gewerbe, ledig, 32 J. alt.